

WESER KURIER

TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

SONNABEND, 7. AUGUST 2021 | 77. JAHRGANG | NR. 182 | EINZELPREIS 2,30 €

Kinder sind an der Reihe

Seit diesem Freitag werden im Impfzentrum auf der Bremer Bürgerweide Kinder und Jugendliche ab einem Alter von zwölf Jahren geimpft. Mehr als 100 junge Bremerinnen und Bremer haben, begleitet von mindestens einem Elternteil oder Sorgeberechtigten, das Angebot genutzt. Für 16- und 17-Jährige gibt es bereits seit einigen Wochen eine eigene Impfstraße in dem Zentrum.

TEXT: SAD/FOTO: CHRISTINA KUHAUPT
Bericht Seite 7



Covid-Infektionen bei Geimpften selten

In Bremen und Niedersachsen liegen die Fälle im Promillebereich – Erkrankungen verlaufen milder

VON JOERG HELGE WAGNER
UND PETER MLODOCH

Bremen/Hannover. In Bremen hat es seit Jahresbeginn 88 sogenannte Impfdurchbrüche gegeben. Dabei handelt es sich um Fälle, bei denen sich Personen mit dem Coronavirus infiziert haben, nachdem sie vollständig geimpft waren. Nach Angaben der Gesundheitsbehörde war besonders die Gruppe der 20- bis 39-Jährigen mit 39 Fällen betroffen. Sowohl in Bremen als auch in Niedersachsen ist der Anteil von Infizierten unter den insgesamt Geimpften sehr niedrig.

Angesichts von 434.000 durchgeimpften Bremerinnen und Bremern entsprechen 88 Durchbrüche einem Anteil von 0,2 Promille. In Niedersachsen sind von Januar bis Juni in diesem Jahr 261 Menschen trotz einer vollständigen Impfung inklusive 14-tägiger Wartezeit an Covid-19 erkrankt. Dies teilte das Gesundheitsministerium in Hannover mit. Mehr als 4,3 Millionen Niedersächsinnen und Niedersächsen seien vollständig geimpft. Damit liegt hier die Quote der Impfdurchbrüche bei 0,06 Promille.

Die Bremer Zahlen beruhen auf telefonischen Befragungen von Infizierten zur Kontaktnachverfolgung. Die Ergebnisse werden

noch einmal von Ärzten auf mögliche Widersprüche geprüft und ausgewertet, erläutert Lukas Fuhrmann, Sprecher der Gesundheitsbehörde. Von den rund 40 Geimpften, die in den vergangenen vier Wochen erkrankt sind, musste niemand stationär behandelt werden. „Die Symptome waren Husten, Kopfschmerzen, Fieber und Frösteln“, berichtet Fuhrmann.

„Die Impfung ist und bleibt der wirksamste Schutz vor einer Infektion mit dem Corona-Virus“, sagt Niedersachsens Gesundheitsministerin Daniela Behrens (CDU). „Die Wahrscheinlichkeit, dass sich eine Person trotz vollständiger Impfung mit dem Virus ansteckt, ist sehr niedrig, aber nicht null.“ Komme es zu einer Ansteckung, sei die Viruslast stark reduziert, die Menschen hätten in der Regel einen milden Infektionsverlauf.

Das bestätigt Sebastian Springer, Professor für Zellbiologie an der Jacobs University Bremen (JUB). „Impfstoffe sind nicht in erster Linie dazu gedacht, Infektionen komplett zu vermeiden. Durch sie wird aber bei einer Infektion der Verlauf der Erkrankung erheblich abgemildert und zudem die Ansteckungsgefahr gesenkt, die vom Infizierten ausgeht.“ Der Wissenschaftler betont: „Das gilt auch für geimpfte Wiedererkrankte: Sie

haben ein viel geringeres Risiko, schwer zu erkranken.“

Fuhrmann fasst die Erkenntnis aus der Bremer Erhebung so zusammen: „Impfen hilft“. Auch Behrens appelliert, sich unbedingt impfen zu lassen. „Nur wenn ausreichend Menschen geimpft sind, wird der Herbst gut. Und nur so kommen wir einer Normalität, wie wir sie kennen, näher“, betont die Ministerin. „Die Impfung ist der wirksamste Weg aus der Pandemie.“

Könnte eine sogenannte Booster-Impfung, also eine dritte Injektion ein halbes Jahr nach der Zweitimpfung, die Zahl der Durchbrüche noch verringern? „Bei den Impfstoffen gegen Sars-CoV-2 sind wir quasi noch in der Erprobungsphase“, sagt Springer. „Aber nach den Erfahrungen mit vielen anderen Impfstoffen kann man sagen, dass Booster-Impfungen die Zahl der Durchbrüche senken.“

Die Gesundheitsminister wollen besonders gefährdeten Gruppen von September an erneut eine Impfung ermöglichen. Dazu gehören sehr alte Menschen, Pflegebedürftige und Patienten mit einer Immunschwäche. Springer mahnt jedoch, das Gesamtbild im Auge zu behalten: „Die Forderung der WHO, mit den Drittimpfungen in den Industrieländern noch zu warten, ist berechtigt,

solange die Impfquote in weiten Teilen der Welt noch gering ist. Denn je mehr Infizierte es global gibt, umso mehr Varianten des Virus entstehen.“

Fuhrmann verweist zudem darauf, dass in Bremen die über 60-Jährigen zu 88 Prozent durchgeimpft seien. Den vergleichsweise hohen Anteil der 20- bis 39-Jährigen bei den insgesamt seltenen Impfdurchbrüchen erklärt er sich auch mit der Aktivität dieser Altersgruppe: „Die gehen eben aus, ins Fitnessstudio oder Feiern.“ Insgesamt gebe es hier die höchsten Inzidenzen.

Dass die Wirkung der Covid-Impfstoffe bei Älteren schneller nachlässt, hält Springer nicht für erwiesen. „Nach jeder Impfung nimmt die Konzentration der Antikörper im Blut ab, auch bei Jüngeren“, erklärt der Wissenschaftler. „Corona-Impfstoffe rufen aber auch eine Gedächtnis-Antwort der B- und T-Zellen hervor, wobei die letzteren auch Varianten des Virus bekämpfen können. Gedächtnis-Antworten sind allerdings nur außerordentlich kompliziert zu messen.“ Aus einem niedrigen Antikörper-Wert allein, wie er häufiger bei Älteren einige Zeit nach der Impfung gemessen werde, lasse sich nicht schließen, dass der Körper keine Immunantwort mehr geben kann.

CORONAVIRUS

DEUTSCHLAND
Akut Infizierte **29.979**
Fälle insgesamt (+3448) **3.784.433**
Genesene (+1500) **3.662.700**
Todesfälle (+24) **91.754**
Impfungen/Quote* 94.272.474/ **62,2%**

LAND BREMEN
Akut Infizierte **319**
Fälle insgesamt (+25) **28.046**
Genesene (+15) **27.237**
Todesfälle (+0) **490**
Impfungen/Quote 888.773/ **71,2%**

NIEDERSACHSEN
Akut Infizierte **2412**
Fälle insgesamt (+250) **266.231**
Genesene (+200) **258.000**
Todesfälle (-1**) **5819**
Impfungen/Quote 9.223.118/ **65,1%**

Letzte sieben Tage / 100.000 Einwohner
Bremen (Stadt) **24,1**
Bremerhaven **35,2**
Niedersachsen **17,2**

Alle aktuellen Daten aus der Region unter weser-kurier.de
Zahlen in Klammern: Veränderung zum Vortag
*Gesamtzahl bisher verabreichter Impfstoffdosen/Anteil aller bisher Geimpften an der Gesamtbevölkerung
QUELLEN: RKI.de/Stand: 6.8., 3:14 Uhr/8 Uhr. **Korrektur RKI
Senatorin für Gesundheit/Stand: 6.8., 15 Uhr

Südfrankreich wird Hochrisikogebiet

Marseille. Die Bundesregierung stuft größere Teile Südfrankreichs als Corona-Hochrisikogebiet ein. Von Sonntag an gelte das für die Regionen Okzitanien, Provence-Alpes-Côte d'Azur sowie die Insel Korsika und auch für einige französische Überseegebiete, teilte das Robert Koch-Institut am Freitag mit. Die Niederlande sind nach einem Rückgang der Infektionszahlen nicht mehr Hochrisikogebiet – mit Ausnahme der Landesteile in Übersee.

Menschen, die aus einem Hochrisikogebiet nach Deutschland einreisen, müssen eine digitale Einreiseanmeldung ausfüllen. Rückkehrer, die nicht geimpft oder genesen sind, müssen in Quarantäne. Ein sogenanntes Freitesten mit einem frischen Negativ-Nachweis ist frühestens nach fünf Tagen möglich.

Delta-Variante bei 97 Prozent

Im Zuge der stärkeren Ausbreitung der Delta-Variante des Coronavirus hat sich die Sieben-Tage-Inzidenz in Deutschland innerhalb eines Monats etwa vervierfacht. Während es Anfang Juli vom RKI hieß, dass mindestens die Hälfte der Neufektionen auf Delta zurückgehe, sind es derzeit 97 Prozent.

Gesundheitsämter könnten nicht mehr alle Infektionsketten nachvollziehen, hieß es. Die Zahlen zu Krankenhauspatienten und Behandlungen auf Intensivstationen liegen weiter auf einem „niedrigen Niveau“. DPA

Heil will Kurzarbeit verlängern

Berlin. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) will die bestehende Kurzarbeiter-Regelung verlängern. „Kurzarbeit war und ist unsere stabile Brücke über ein tiefes wirtschaftliches Tal“, sagte Heil der „Rheinischen Post“. Die Arbeitslosigkeit gehe zurück, das sei erfreulich. „Angesichts der Tatsache, dass es in einer Reihe von Branchen noch konjunkturelle Störungen gibt, halte ich es für sinnvoll, vorsorglich die bestehenden Regelungen für Kurzarbeit bis zum Ende des Jahres zu verlängern“, so er Minister.

Derzeit können Betriebe, die bis 30. September Kurzarbeit einführen, erleichterte Zugangsbedingungen zum Kurzarbeitergeld in Anspruch nehmen. Ein Unternehmen kann demnach Kurzarbeit anmelden, wenn mindestens zehn Prozent der Beschäftigten vom Arbeitsausfall betroffen sind; normalerweise müssen es mindestens 30 Prozent sein. Auch Leiharbeitskräfte können Kurzarbeitergeld bekommen. DPA

H 7166 • 28189 BREMEN



BREMEN

Herbergen weiter mit Gästeminus

Mehr Gäste als im Sommer 2020, aber lange noch nicht so viele wie vor Corona: Die 27 Jugendherbergen in Bremen und der Umgebung hoffen auf die Rückkehr der Schulklassen im Herbst. Anfragen gibt es bereits.

WIRTSCHAFT

Die Hauptstädte der Lebensmittel

Für Nageb-Chef Rainer Frerich-Sagurna sind Bremen und Bremerhaven die Lebensmittel-Hauptstädte Deutschlands. Um dieser Rolle gerecht zu werden, soll es im Land einen Ort für Start-ups der Branche geben.

SPORT

Josh Sargent verlässt Werder

Clemens Fritz, Werders Leiter Profifußball, hatte am Donnerstag noch verkündet, dass Josh Sargent (Foto) länger in Bremen bleiben könnte. Am Freitag war der Stürmer aber schon weg. Sargent wollte beim Pokalspiel gegen Osnaabrück nicht mehr dabei sein und teilte das Trainer Markus Anfang mit. Der Grund: Der US-Nationalspieler wechselt nach England zu Norwich City – für eine Ablösesumme im zweistelligen Millionenbereich. Damit sei das Geld für Zugänge vorhanden, sagte Werders Sportchef Frank Baumann und kündigte baldige Verstärkungen an. FOTO: ANDREAS GUMZ



Familienanzeigen 29-36
Fernsehen 27
Lesermeinung 13

Rätsel & Roman 19
Reise 38-40
Tipps & Termine 10

Ermittlungen gegen Ahrweiler Landrat

Koblenz/Köln. Staatsanwaltschaften in Koblenz und Köln haben nach der Flutkatastrophe Mitte Juli Ermittlungen gegen den Landrat des besonders betroffenen rheinland-pfälzischen Landkreises Ahrweiler, Jürgen Pföhler (CDU), eingeleitet. Es gehe um den Anfangsverdacht der fahrlässigen Tötung und fahrlässigen Körperverletzung durch Unterlassen am Abend des Hochwassers vom 14. Juli, teilte die Koblenzer Behörde mit. Die Ermittlungen in Nordrhein-Westfalen richten sich gegen unbekannt, erklärte die Kölner Staatsanwaltschaft. Dort gehe es um den Verdacht der Baugefährdung im Zusammenhang mit dem Einsturz der Blessemer Kiesgrube.

Der Anfangsverdacht der Koblenzer Staatsanwaltschaft richtet sich gegen den Landrat, weil dieser laut Gesetzeslage „möglicherweise die Einsatzleitung und alleinige Entscheidungsorgane“ hatte. Außerdem ging es um ein weiteres Mitglied des Krisenstabs, das nach den derzeitigen Erkenntnissen die Einsatzleitung „zumind. zeitweise übernommen“ hatte. „Außerdem ging es um ein weiteres Mitglied des Krisenstabs, das nach den derzeitigen Erkenntnissen die Einsatzleitung „zumind. zeitweise übernommen“ hatte.“ Außerdem ging es um ein weiteres Mitglied des Krisenstabs, das nach den derzeitigen Erkenntnissen die Einsatzleitung „zumind. zeitweise übernommen“ hatte. „Außerdem ging es um ein weiteres Mitglied des Krisenstabs, das nach den derzeitigen Erkenntnissen die Einsatzleitung „zumind. zeitweise übernommen“ hatte.“

ÜBRIGENS ...

... bekommt der Neandertaler, der in dem Museum am ersten Fundort in Mettmann ausgestellt ist, einen dunkleren Teint. Das hat nichts mit einem Trend zu mehr Vielfalt in deutschen Naturkundemuseen, sondern lediglich mit dem Stand der Wissenschaft zu tun. Aktuelle Forschungen legen nahe, dass die Neandertaler offenbar keinen so bleichen Teint gehabt hätten wie vielfach in Nachbildungen dargestellt, erklärt Museums-Direktorin Bärbel Aufermann. Als Jäger und Sammler seien die Neandertaler fast ständig dem Sonnenlicht ausgesetzt gewesen und hätten zudem viel Vitamin D über die Nahrung aufgenommen. Die Nachbildung eines freundlich lächelnden älteren Mannes mit Speer wird ab Oktober mit neuer Hautfarbe zu sehen sein. Im Moment steht sie allerdings noch weit fern vom Tageslicht: im Keller. DPA

WETTER

Tagsüber **23°** Nachts **14°** Niederschlag **90%**

Wechselhaft, Schauer, Gewitter
Ausführliches Wetter Seite 6

Von einer Panne zur nächsten



Anja Maier
über Armin Laschet

Erst hatte er kein Glück, und dann kam auch noch Pech dazu. Dieser abgewandelte Satz eines früheren Bundesligaspielers umschreibt anschaulich die Situation von Armin Laschet. Der Kanzlerkandidat von CDU und CSU stolpert von einer Panne zur nächsten: widersprüchliche Interviewaussagen, irritierende Bilder aus dem Hochwassergebiet, kraftloses Schweigen zum Fall des CDU-Rechtsauslegers Hans-Georg Maaßen. Nun meldet der Spiegel auch noch, Laschet habe für sein 2009 erschienen Buch „Die Aufsteigerrepublik“ noch etwas mehr abgekupfert, als ohnehin bekannt war.

Für sich betrachtet lohnt diese Nachricht nicht das Aufheben, das man sie gemacht wird. Politikerbücher sind Maßkonfektion – kaum jemand macht von ihrem Inhalt seine Wahlentscheidung abhängig. Aber Laschet macht sieben Wochen vor der Wahl so viel falsch, dass die Angelegenheit ungenut an Gewicht gewinnt. Die Umfragergebnisse für CDU und CSU liegen mittlerweile

Illoyalität schadet allen Beteiligten – auch Söder.

bei bedenklichen 27 Prozent. Und das bei einer Wahl, die erstmals ohne Angela Merkel stattfindet.

Und immer dann, wenn es scheint, als fasse der Nordrhein-Westfale wieder Tritt, fährt ihm in Bayern Markus Söder in die Parade. Erst vergangene Woche hat der CSU-Vorsitzende von Laschet einen Neustart im Kampf um das Kanzleramt gefordert. Und damit auch jeder versteht, dass er der bessere Kandidat gewesen wäre, hat Söder auch gleich noch das Datum für Deutschlands Klimaneutralität von 2045 auf 2040 vorverlegt.

Für Laschet sind diese Angriffe genau jenes „Pech“, von dem der Stürmer Jürgen Wegmann seinerzeit sprach. Wie soll ein Kanzlerkandidat der Union sich ohne Gesichtverlust gegen seinen engsten Partner wehren?

Er kann es nicht. Söder weiß das und spielt dennoch unfair. Dabei müsste er wissen, dass es keine gute Idee ist, öffentlich den Kapitän zu demonstrieren. Nicht umsonst hat der Franke 2018 Horst Seehofer als CSU-Chef beerbt. Der hatte so lange gegen Merkel geschossen, bis sie die CDU-Spitze geräumt hat. Danach war auch Seehofer fällig. Illoyalität schadet allen Beteiligten – auch Söder.

anja.maier@weser-kurier.de

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Bremer Nachrichten
WESER ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE

Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Martinststraße 43, 28195 Bremen

Chefredakteurin: Silke Hellwig

Mitglied der Chefredaktion: Michael Brandt

Digitalchef: Bastian Angenendt-Eiserbeck

Art-Direktor: Franz Berding

Leiter Zentralredaktion und Politik: Markus Peters • **Chefreporter:** Jürgen Hinrichs, Jean-Julien Beer • **Bremen/Niedersachsen und Wirtschaft:** Michael Brandt, Mathias Sonnenberg (komm.) • **Kommunal- und Landespolitik:** Jürgen Theiner • **Sport:** Mathias Sonnenberg • **Kultur:** Iris Hetscher • **DIE NORDDEUTSCHE:** Björn Josten • **OSTERHOLZER KREISBLATT:** Antje Borstelmann • **WÜMME-ZEITUNG:** André Fesser • **DELMEHORSTER KURIER:** Gerwin Möller • **ACHIMER KURIER/Verden Stadt und Land:** Kai Purschke • **SYKER KURIER/REGIONALE RUNDSCHAU:** Esther Nöggerath • **Büro Hannover:** Peter Mlodoč • **Büro Berlin:** Anja Maier • **Büro Brüssel:** Detlef Drewes • **Büro Paris:** Birgit Holzer • **Büro London:** Katrin Pribyl • **Büro Washington:** Thomas Spang

*PresseDienst Nord GmbH

Der Abdruck einzelner Artikel, auch auszugsweise, ist unzulässig; ausgenommen sind die durch § 49 UrhG geregelten Fälle. Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 42,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Tanja Bittner
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 75.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen: montags bis freitags von 9:30 bis 17 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von 6:30 bis 17 Uhr, sonntags von 7 bis 12 Uhr und sonntags von 9 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigelegten Regionalausgabe.

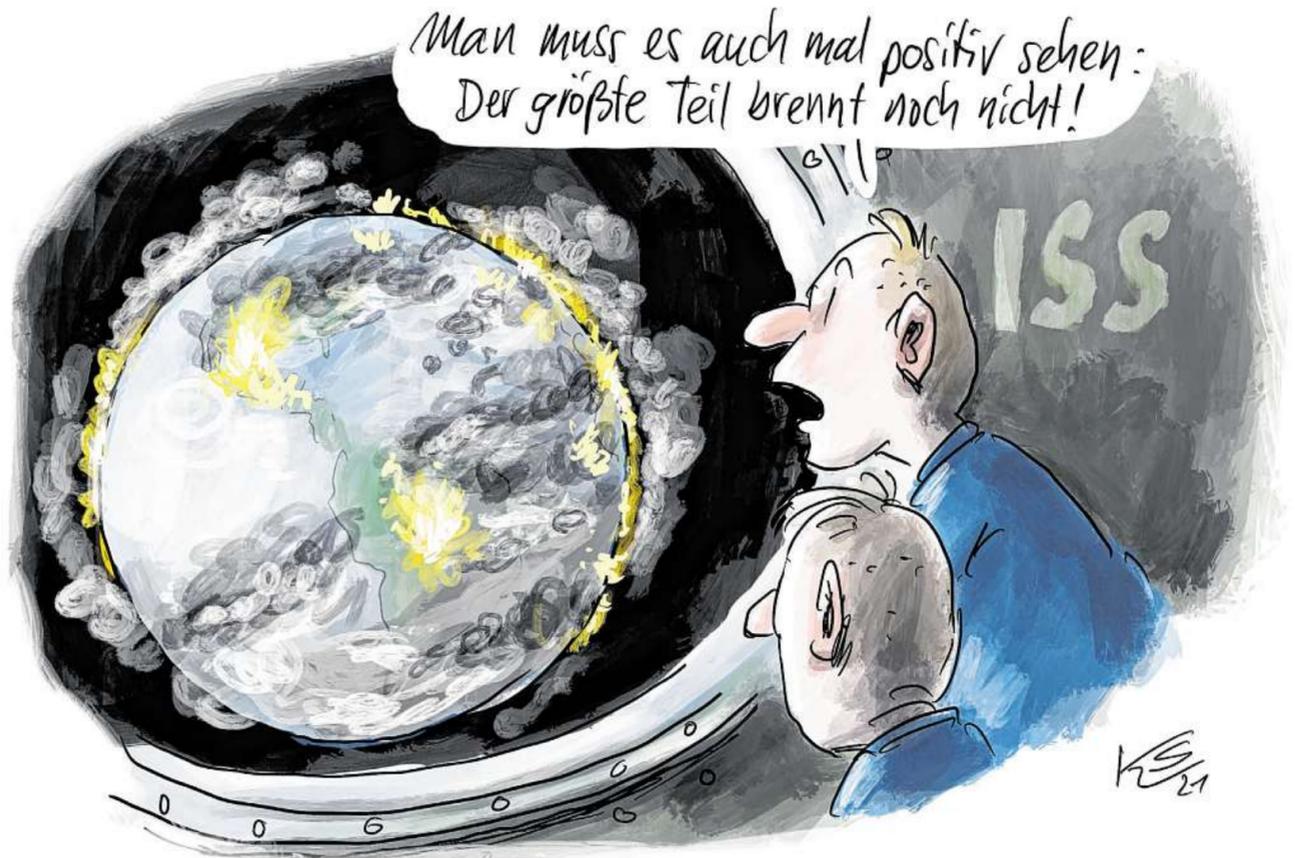
Verlag: Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00

Abonnenten-Service: Telefon: 04 21/36 71 66 77 Telefax: 04 21/36 71 10 20
E-Mail: abonentenservice@weser-kurier.de
abonentenservice@bremer-nachrichten.de

Redaktion: Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme: Telefon: 04 21/36 71 66 55
Telefax: 04 21/36 71 42 21 (Anzeigen)
Telefax: 04 21/36 71 10 10 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
anzeigen@bremer-nachrichten.de

Druck: Druckhaus Delmenhorst GmbH



Klaus Stuttmann

Polens Demokratie am Scheideweg



Patricia Friedek
über die PiS-Regierung

Die polnische Regierung und die PiS-Partei von Jaroslaw Kaczynski schleifen die Demokratie im Nachbarland – zunehmend durch die Hintertür. Die Meldungen haben sich in den vergangenen Wochen gehäuft: Zum dritten Mal innerhalb von drei Monaten hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) für Menschenrechte Polen verurteilt, weil die Regierung die unabhängige Justiz einschränkt.

Die EU-Kommission hat gegen die sogenannten LGBT-freien Zonen (Deutsch für Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle) ein Verfahren eingeleitet: Sie wirft Polen vor, nicht angemessen auf eine Befragung zu den Zonen geantwortet zu haben, die einige Regionen und Kommunen eingeführt haben. Beispielsweise verbieten sie ein angebliches „Propagieren von Homosexualität in Schulen oder im öffentlichen Leben“. Menschen mit anderer als einer heterosexuellen Orientierung werden also mit staatlicher Unterstützung offen diskriminiert. Einem Fragenkatalog des EuGH für Menschenrechte muss sich das Land bis September wegen des umstrittenen Quasi-Abtreibungsverbots stellen, gegen das im vergangenen Jahr Zehntausende auf die Straße gingen.

Auch von Pressefreiheit kann nicht mehr die Rede sein – jegliche Kritik an der Regierungspartei PiS (Recht und Gerechtigkeit) soll im Keim erstickt werden.

Der aktuelle Versuch: Ein Gesetzentwurf zum Verbot außereuropäischer Beteiligungen an polnischen Medien, von dem vor allem der Fernsehsender TVN24 betroffen ist. Er ist einer der wenigen, der im polnischen Fernsehen noch kritisch gegen die PiS berichtet. TVN24 gehört dem US-amerikanischen Konzern Discovery an. Es gibt zahlreiche weitere Beispiele, die den dramatischen Abbau der Pressefreiheit in Polen belegen: Eine Zeitungsgruppe wird vom staatlich kontrollierten Ölkonzern Orlen aufgekauft, die Chefredakteure werden ausgetauscht. Reporter werden bei Protesten von der Polizei gewaltsam angegangen, kritische

Von Pressefreiheit kann nicht mehr die Rede sein.

Zeitungen finanziell ausgeblutet. Die Regierung zieht Werbeaufträge zurück; staatlichen Einrichtungen und Firmen untersagt die PiS, Abonnements regierungskritischer Zeitungen zu verlängern. Ein Prozess, der für ein Land der Europäischen Union unvorstellbar sein sollte.

An diesem Freitag verkündete die Präsidentin des Obersten Gerichts, die umstrittene Disziplinarkammer für Richter bis zum 15. November auf Eis zu legen. Die EU-Kommission hatte sie für rechtswidrig erklärt und mit einer Geldstrafe gedroht. Das Problem mit der Kammer: Die Mitglieder werden vom politisch kontrollierten Landesjustizrat ernannt, sie kann Richter suspendieren und Druck

auf sie ausüben. Damit sollte dafür gesorgt sein, dass die Entscheidungen im Justizsystem möglichst PiS-konform ausfallen.

Nach außen sieht es also so aus, als würde die Regierung gegenüber der EU einknicken. In Wirklichkeit muss diese Reaktion nur als ein weiterer Versuch gewertet werden, Zeit zu schinden, um Strafzahlungen zu vermeiden. Schon vor Monaten versprach PiS-Chef Kaczynski Änderungen im Justizsystem – getan hat die Regierung von sich aus nichts, bis die EU den Druck erhöhte.

Auch wenn Regeln geringfügig verändert werden: Kaczynski und seine nationalkonservative Partei werden neue Wege finden, um weiter an der Abschaffung der demokratischen Strukturen zu schrauben. Die PiS versucht, seit sie 2015 an die Macht kam, systematisch Polens Rechtsstaatlichkeit zu schädigen und ein autokratisches System zu etablieren, das die vermeintlichen Werte der katholischen Kirche an oberster Stelle sieht. Solange die PiS Regierungspartei bleibt, wird sich das nicht ändern – zu ideologisch verankert ist unter ihren Mitgliedern das antiquierte Weltbild der „traditionellen polnischen Familie“, die es angehtlich zu schützen gilt, zu ausgereift die Idee eines nationalistischen Regimes.

Der größte Hoffnungsträger für Polens Demokratie bleibt daher der ehemalige EU-Ratspräsident Donald Tusk, der als Oppositionsführer die Bürgerplattform PO als einzige machtpolitische Alternative neu aufstellen will. Das wird nicht einfach: Tusk wird von der PiS und regierungsnahen Medien seit jeher als Feind inszeniert.

patricia.friedek@weser-kurier.de



PiS-Parteichef Jaroslaw Kaczynski: Er wird neue Wege finden, um die Demokratie in Polen weiter abzubauen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

über die Flut-Ermittlungen: „Nach reiflicher Prüfung hat die Staatsanwaltschaft Koblenz jetzt entschieden, wegen des Anfangsverdachts fahrlässiger Tötung zu ermitteln. Es ist gut möglich, dass dieses Verfahren, unabhängig von seinem Ausgang und anders als in einem politischen Untersuchungsausschuss, nicht nur eine präzise Rekonstruktion des Geschehens erlaubt, sondern auch Anlass zu neuem Nachdenken über die Funktion des Landrats und des Schutzes vor Ort gibt. Es sollte deutlich werden, wie verantwortungsvoll das Amt des kommunalen Krisenmanagers ist, der schnell im Blickpunkt des ganzen Landes stehen kann. Seine berechnete Haftung sollte nicht abschreckend wirken. Gerade vor Ort, nicht nur in Brüssel oder Berliner Parlamentsesseln, braucht das Land gute Leute.“

Leipziger Volkszeitung

über die Olympischen Spiele: „Zur Ruhe kommt die olympische Bewegung nach den Notspielen von Tokio nicht. Schon in weniger als einem halben Jahr sollen die Winterspiele von Peking eröffnet werden. Corona dürfte dann nicht verschwunden sein. Dazu kommt eine noch nicht absehbare politische Dimension. Das Europäische Parlament hat den Institutionen und EU-Mitgliedsstaaten empfohlen, Einladungen für Regierungsvertreter und Diplomaten abzulehnen, solange die chinesische Regierung keine nachweisbare Verbesserung der Menschenrechtssituation nachweist. Die USA haben ihrerseits Protestmaßnahmen angekündigt.“

Ludwigsburger Kreiszeitung

über Olaf Scholz: „Mit Wumms, Geld und Gelassenheit bekommt der SPD-Kanzlerkandidat langsam Rückenwind für seine Kampagne und seine Ambitionen, nach dieser Bundestagswahl das höchste Regierungsamt zu besetzen. Wahlkämpfer wissen: Umfragen sind Wellen. Mal ist man oben, mal wieder unten. Über Monate kam die gebeutelte SPD in der öffentlichen Zustimmung nicht von der Stelle, regelrecht festgemauert bei 15 Prozent. Aber nun bewegt sich etwas. Drei Prozentpunkte plus im aktuellen ARD-Deutschlandtrend bringen die geprüfte deutsche Sozialdemokratie beinahe auf die Höhe der Grünen. Das Rennen läuft, der Ausgang ist nach jetzigem Stand völlig offen.“

Freies Wort (Suhl)

über das Büro der Zukunft: „Vielmehr haben Manager erkannt, dass der verbreitete Wunsch nach mobiler Arbeit Sparpotenziale eröffnet. Wenn viele Kollegen nur noch tageweise ins Büro kommen, braucht nicht mehr jeder einen festen Schreibtisch. Bei der Reduzierung von Büroflächen sollten die Unternehmen aber maßvoll vorgehen. Zu den Schattenseiten der Arbeit im Homeoffice gehört, dass Anregungen fehlen, die sich ganz beiläufig im Flurgespräch oder beim gemeinsamen Kaffee ergeben. Entscheidend für das Büro der Zukunft sollte sein, wie sich die Arbeit am besten organisieren lässt – nicht das Sparpotenzial. Und Unternehmen sollten die Ausstattung von Heimarbeitsplätzen finanziell unterstützen.“

FOTO: HUBERT MATHIS/DPA

IMPFQUOTE: STUDIE ÜBER MÖGLICHKEITEN ZUR MOTIVATION VON UNENTSCHLOSSENEN

„Man kann durch Anreize einiges erreichen“



Ferdinand Geißler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften, Lehrbereich Empirische Sozialforschung, an der Humboldt-Universität (HU) Berlin. Er gehört zum Forscherteam der HU Berlin und des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, das Impfanreize untersucht.

Herr Geißler, Sie haben untersucht, was die Bevölkerung dazu bringen könnte, sich impfen zu lassen. Was haben Sie herausgefunden?

Ferdinand Geißler: Wir haben in einer repräsentativen Online-Erhebung 20.500 Personen im Alter zwischen 18 und 75 Jahren befragt und dabei experimentell getestet, wie sich verschiedene Anreize auf die Impfbereitschaft auswirken. Den Befragten wurden hypothetische Szenarien vorgelegt, daran wurde die Frage geknüpft, wie wahrscheinlich es sei, dass sie sich unter diesen Umständen impfen lassen. Unter den Befragten waren sowohl Bürgerinnen und Bürger, die schon geimpft waren oder die grundsätzlich bereit waren, sich impfen zu lassen, als auch Unentschlossene und Personen, die nicht vorhatten, zur Impfung zu gehen.

Welche Szenarien waren das?

Es ging um das Impfen beim Hausarzt, um eine Geldprämie in Höhe von 25 oder 50 Euro und um die Aussicht auf mehr Freiheiten für Geimpfte. Die Anreize waren unterschiedlich kombinierbar. Dazu muss man wissen, dass wir die Daten im März erhoben haben, als das Impfen beim Hausarzt und die Einführung möglicher Privilegien für Geimpfte noch diskutiert wurden. In den Analysen können wir sehen, wie die einzelnen Strategien unabhängig voneinander wirken.

Ist es nicht naheliegend, dass alle drei Anreize zusammen am besten wirken: Hausarzt, Geld und Freiheiten?

Ja, so ist es. In der Kombination zeigt sich die größte Wirkung, aber auch die einzelnen Aspekte für sich überzeugen, bei den einen mehr, bei den anderen weniger. Unentschlossene reagierten am stärksten auf die Anreize.

Die Motive, sich zu einer Impfung bewegen zu lassen, sind vermutlich ganz unterschiedlich.

Über die Motive können wir nur bedingt Aussagen treffen, sie waren nicht Teil unserer Erhebung. Es ist rein spekulativ, ob beispielsweise eine Geldprämie wie eine Aufwandsentschädigung angesehen wird oder aus einem anderen Grund Wirkung zeigt. Genaueres konnten wir jedoch durch ergänzende Analysen über die Impfbereitschaft in Zusammenhang mit einem Hausarztbesuch in Erfahrung bringen. Wir haben uns die Distanz der Befragten zum nächstgelegenen Impfzentrum näher angeschaut und konnten beobachten, dass diese eine Rolle spielt: Bei denjenigen Befragten, bei denen das nächstgelegene Impfzentrum sehr weit entfernt ist, konnte die Impfbereitschaft durch das Impfen beim Hausarzt deutlich stärker erhöht werden als bei Befragten mit einer geringeren Distanz zum nächstgelegenen Impfzentrum. Offenbar sind der Aufwand und die Kosten für den Weg zur Impfung mit entscheidend.



Niedrige Hürden und kurze Wege helfen, die Impfquote zu erhöhen. Das zeigt eine Erhebung zu Impfanreizen von Sozialwissenschaftlern aus Berlin.

FOTO: STEFAN SAUER

Die Idee, Impfmobile zu den Bürgern zu schicken, wäre demnach zumindest ein Anreiz. Für manche Menschen trifft das sicher zu. Der Weg zum Impfzentrum scheint für manche eine nicht zu unterschätzende Hürde zu sein. Auch die Größe des Zentrums und die Sorge, sich dort eventuell nicht zurechtzufinden, können eine Rolle spielen.

Hat Sie ein Ergebnis überrascht?

Man konnte damit rechnen, dass man mehr Menschen, vor allem unentschlossene, dazu motivieren kann, sich impfen zu lassen. Mit den drei getesteten, eher niedrigschwelligen Anreizen kann man schon einiges erreichen, vor allem, wenn sie kombiniert werden: Innerhalb der Gruppe der Unentschlossenen kann die Impfbereitschaft so um bis zu 13 Prozentpunkte erhöht werden. Insgesamt käme man nach unserer Erhebung, wenn man alle unsere Anreize anböte, auf eine Impfquote von rund 75 Prozent unter den 18-75-Jährigen, das sind acht Prozentpunkte mehr als ohne jeden Impuls.

Die Methode wäre demnach: den Zugang erleichtern, mit Konsequenzen drohen und mit Geld locken. Momentan wird vor allem über Konsequenzen in Form von Einschränkungen für Ungeimpfte gesprochen. Das scheint auch zu ziehen ...

Freiheiten haben einen Einfluss, unbestritten. Das gilt vor allem für jüngere Menschen. Bei älteren Befragten war das nicht ganz so entscheidend. Da spielte das Impfen beim Hausarzt eine größere Rolle.

Ihr Kollege sagt in einem „Spiegel“-Interview: „50 Euro wirken, auch bei Impfgegnern.“ Und wenn man mehr Geld auf den Tisch legt? Die Ökonomin Nora Szech vom Karlsruhe Institute of Technology hält 500 Euro für vertretbar – angesichts des Nutzens.

Es gibt bei der Geldprämie tatsächlich Effekte bei Personen, die sich selbst als nicht impfwillig bezeichneten. Aber sie sind relativ gering und traten bei uns erst ab einem Betrag von 50 Euro auf. Ein Betrag von 25 Euro hat in dieser Gruppe gar keine Wirkung gezeigt. Es ist spekulativ, ob höhere Summen viel mehr bringen würden. Wir können nur zeigen, dass Geld grundsätzlich einen Effekt auf die Impfbereitschaft hat. Die Politik muss entscheiden, ob Geldprämien finanziell und moralisch-ethisch vertretbar sind. Denn was geschieht, wenn es weitere Impfungen geben muss, vielleicht noch sehr lange - kann man dann immer noch Geldprämien zahlen? Damit haben wir uns nicht beschäftigt, aber ich glaube nicht, dass Geld sozusagen das Allheilmittel ist. Es geht bei der Impfung

schließlich auch um Eigeninteressen und Solidarität.

Das ist die Frage: Wie kann es sein, dass Menschen Anreize brauchen, um ihre eigene Gesundheit und die ihrer Nächsten zu schützen, vor einer Krankheit, die unberechenbar ist?

Bei denen, die angaben, sich nicht impfen lassen zu wollen, gibt es vielfältige Gründe. Es handelt sich nicht durchweg um Impfgegner oder Corona-Leugner. Wir haben da nachgehakt - von mehr als 60 Prozent wurden Sorgen wegen starker Nebenwirkungen oder langfristiger Folgen angegeben. Nur 20 Prozent sagten, dass sie Corona nicht für gefährlich halten. Allerdings muss man dabei berücksichtigen, dass wir die Daten bereits im März erhoben haben, als in den Medien gerade groß über die ersten Meldungen von gravierenden Nebenwirkungen berichtet wurde.

Das heißt, dass der Faktor Zeit ebenfalls eine Rolle spielen dürfte ...

Wir werden im Laufe unserer Untersuchung sehen, welchen Einfluss der Faktor Zeit hat. Bislang haben wir nur die Daten der ersten Befragungswelle analysiert. Derzeit stecken wir in der dritten Befragungswelle, zwei weitere werden folgen. Im Herbst werden

wir sehen, wie sich die Haltung zum Impfen in der Theorie im Vergleich zur Praxis verändert und welche Folgen das für das tatsächliche Verhalten hat: Wer sich impfen ließ, obwohl er es nicht vorhatte oder auch umgekehrt, auch vor dem Hintergrund von bestimmten Lockerungen für Geimpfte, die es bereits gibt und die womöglich noch erweitert werden, wie es gerade diskutiert wird.

Lassen sich die Ergebnisse Ihrer Erhebung womöglich auf andere Bereiche übertragen – könnte man beispielsweise die Wahlbeteiligung erhöhen, durch Geld oder geringeren Aufwand?

Wir befinden uns in einer historisch einmaligen, besonderen Situation. Ob sich das auf anderes Verhalten übertragen lässt, ist fraglich. Ganz andere Faktoren spielen eine Rolle. Es geht beim Wählen nicht um die eigene Gesundheit, beispielsweise. Deshalb würde ich nicht so weit gehen und davon ausgehen, dass sich unsere Ergebnisse eins zu eins auf andere gesellschaftliche Fragen übertragen lassen. Aber es lohnt sich sicherlich zu ergründen, welche Hürden Menschen vom Wählen abhalten, ob sie wirklich so hoch sind und wie man sie senken kann.

Das Gespräch führte Silke Hellwig.

Von freiem Eintritt in Museen bis zur Anwerbeprämie

VON SILKE HELLWIG MIT DPA

Je langsamer die Impfquote in Richtung Herdenimmunität wächst, desto intensiver wird überlegt, wie man weitere Bürger überzeugen kann - ob mit guten Argumenten, mit räumlichem Entgegenkommen oder mit Prämien aller Art. Thüringens CDU-Fraktionschef Mario Voigt empfiehlt einen „Impf-Soli“: Die Immunisierung könne mit einem Abschlag des Krankenkassen-Beitragsatzes um 0,1 bis 0,3 Prozentpunkte belohnt werden, berichtet das „Ärztblatt“.

Nachdem im thüringischen Sonneberg eine Bratwurst als Zugabe die Zahl der Impflinge deutlich erhöht hat, wurde das sogenannte Bratwurst-Impfen an diesem Donnerstag im sächsischen Aue-Bad Schlema wiederholt. Der Oberbürgermeister der Stadt, Heinrich Kohl, stellte sich selbst an den Grill und spendete die Würste.

Seit Mittwoch können Geimpfte in Sachsen auch von Gutscheinen und Rabatten profitieren - als „Dankeschön für ihren Beitrag zur Pandemiebekämpfung“. Über ein Webportal können sich alle geimpften Sachsen registrieren lassen, teilte der DRK-Landesverband mit, um Gutscheine aus den Bereichen Reise, Mode, Elektronik oder Gesund-



Im sächsischen Aue-Bad Schlema grillte der Oberbürgermeister (links) selbst beim „Bratwurst-Impfen gegen Impfmüdigkeit“.

FOTO: HENDRIK SCHMIDT

heit zu erhalten. Laut MDR war der Ansturm zunächst so groß, dass das Anmeldeportal zusammenbrach.

In München, berichtet die dort ansässige „Abendzeitung“, habe die SPD/Volt-Fraktion im Stadtrat „Freikarten als zusätzlichen Impfanreiz“ vorgeschlagen, ob für „Museen, Konzerte, Sportveranstaltungen, den ÖPNV oder den Tierpark Hellabrunn“. FDP-Chef

Christian Lindner hatte Anfang Juli ebenfalls „positive Anreize“ wie Gratis-Eintritt in Museen zur Überwindung der Impfmüdigkeit empfohlen.

Dietmar Bartsch, Fraktionschef der Linken im Bundestag, befürwortet eine Geldprämie. „Alle Bürgerinnen und Bürger, die geimpft sind, könnten einen Innenstadtgutschein über 50 Euro für Gastronomie oder

Einzelhandel erhalten“, sagte er der „Funke-Mediengruppe“. Sie dürften ausdrücklich nicht über den Online-Handel eingelöst werden. „Das wäre ein Konjunkturpaket über drei bis vier Milliarden Euro für die Innenstädte, die stark unter Corona gelitten haben.“

Forscher der TU Cottbus-Senftenberg und der Uni Siegen plädieren laut der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ für eine Belohnung in Höhe von 200 bis 300 Euro. Sinnvoll sei auch eine Anwerbeprämie: Geld für diejenigen, die Freunde oder Verwandte zur Impfung bewegten.

Das Bundesgesundheitsministerium äußert sich zurückhaltend zu Geldprämien. „Hauptanreiz für eine Impfung sollte für alle sein, sich und andere zu schützen“, heißt es dort. „Entscheidend ist jetzt, niedrigschwellig Impfangebote zu machen.“

Der niedersächsische Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU) rät ebenfalls von Anreizen wie Gutscheinen ab. „Wir müssen jedenfalls niedrigschwelliger werden und ja, vielleicht auch anbieten, zum Beispiel am Rande von Wochenmärkten oder in Einkaufszentren zu impfen“, sagte er den Partner-Zeitungen der Neuen Berliner Redaktionsgesellschaft (NBR).

„Möglichst gezielte Angebote“

Von Prämien jeder Art sieht das bremische Gesundheitsressort ab. „Wir sind in Bremen an einer ganz anderen Stelle als andere Länder, vor allem Sachsen. Unsere Impfquote ist deutlich höher“, sagt Sprecher Lukas Fuhrmann. Das Ressort setze weiterhin auf „niedrigschwellige, möglichst gezielte und individuell zugeschnittene Angebote“.

Ein - bundesweites - Hindernis: „Wir wissen relativ wenig über Geimpfte, die im niedergelassenen Bereich geimpft wurden“, also bei Hausärzten, sagt Fuhrmann. „Wir müssen viel mehr wissen, um noch gezieltere Angebote machen zu können.“

Dennoch zeigten kurze Wege, Information und Aufklärung, bestenfalls mehrsprachig, weiterhin Wirkung. An diesem Freitag war das Impfmobil im Güterverkehrszentrum stationiert. In der kommenden Woche wird es erstmals an der Schlachte stehen.

Unter anderem an diesem Sonnabend, 7. August, wird auch am Weserpark geimpft (11 bis 18 Uhr). Das Management des Einkaufszentrums belohnt die ersten 30 Impfwilligen mit Freikarten für das Riesenrad, das dort noch an diesem Wochenende aufgebaut ist.

ELL

Erneut Plagiatsvorwürfe

Weiter Debatte über Laschet-Buch

Berlin. Die Debatte über Fehler im Buch des Unionskanzlerkandidaten Armin Laschet von 2009 „Die Aufsteigerrepublik“ hält an. Der frühere bayerische Kultusminister Hans Maier, von dem Laschet Zitate übernommen hat, nahm den CDU-Politiker in Schutz. Wie das Nachrichtenmagazin „Spiegel“ berichtete, zeigt eine Analyse mindestens vier weitere problematische Textstellen. Laschet hatte am Freitag vor einer Woche erklärt, in seinem Buch gebe es offenkundig Fehler, die er verantworte. „Mindestens ein Urheber des im Buch verwendeten Materials wird weder im Fließtext noch im Quellenverzeichnis genannt.“ Dafür wolle er ausdrücklich um Entschuldigung bitten. Um zu klären, ob es weitere Fehler gebe, habe er unverzüglich die Prüfung des Buchs veranlasst.

Maier erklärte am Freitag, er habe sich inzwischen vergewissert, dass Laschet in seinem Buch sehr wohl ausdrücklich namentlich Bezug auf ihn und seine Äußerungen zu Religionsfreiheit und Religionsfrieden nehme. „Das war mir bisher unbekannt und verändert die Sachlage grundlegend.“ Man könne auf keinen Fall von einem Plagiat sprechen. Ganz abgesehen davon handle es sich bei dem Laschet-Text nicht um eine Dissertation, bei der jedes Zitat ausdrücklich an Ort und Stelle belegt sein müsse.

Ein Sprecher Laschets sagte: „Laschet hat sowohl mit Prof. Hans Maier als auch Prof. Salomon Korn korrespondiert und ihnen die entsprechenden Textpassagen zur Verfügung gestellt. Beide haben ihm ausdrücklich bestätigt, dass sie sich durch die Nennung ihres Namens mit Quellenangabe korrekt zitiert fühlen und insofern jeweils auch als Urheber des Grundgedankens eindeutig zu erkennen sind.“ Hintergrund ist, dass der „Spiegel“ schrieb, Laschet habe in dem Buch zwei Sätze nahezu wortgleich aus einem Beitrag Korns, des damaligen Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden, in der „FAZ“ übernommen. Diesen Zeitungsbeitrag erwähne Laschet zwar im vorangehenden Absatz, allerdings folgten dann eigene Gedanken Laschets und erst danach die übernommenen Sätze. DPA

Kommentar Seite 2

KLIMASCHUTZ

Ministerin: Ende innerdeutscher Flüge möglich

Berlin. Bundesforschungsministerin Anja Karliczek (CDU) schließt ein Ende des innerdeutschen Flugverkehrs nicht aus, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Es bestehe die Verpflichtung, sich dem Klimawandel noch entschiedener entgegenzustellen, sagte sie vor Veröffentlichung des neuen Berichts des Weltklimarats (IPCC) am Montag. Sie erwarte, dass der Bericht die letzten Zweifel daran ausräume, dass der Mensch Hauptverursacher des Klimawandels seit Beginn der Industrialisierung ist. Der Flughafenverband (ADV) kritisierte solche Vorstöße. Rund ein Drittel des Flugverkehrs gehe auf Umsteiger zurück. DPA

UNTREUE

Weihbischof legt Einspruch gegen Strafbefehl ein

Kerpen. Der Aacher Weihbischof Johannes Büdingens hat Einspruch gegen einen Strafbefehl des Amtsgerichts Kerpen eingelegt. Das teilte ein Gerichtssprecher am Freitag mit. Mitte Juli hatte das Gericht den katholischen Geistlichen in Abwesenheit zu einer Bewährungsstrafe von neun Monaten wegen Untreue verurteilt. Außerdem soll Büdingens 5000 Euro Geldbuße zahlen. Ob es allerdings bei dem Einspruch bleibt, ist derzeit noch offen. Die Staatsanwaltschaft wirft dem Geistlichen vor, die Vollmacht einer vermögenden Witwe missbraucht und im Dezember 2017 und Januar 2018 knapp 128.000 Euro auf sein Privatkonto überwiesen zu haben. Mittlerweile hat er die Summe zurückgezahlt. DPA

NEUE VORWÜRFE

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen KSK-Kommandeur

Tübingen. Der Kommandeur der Bundeswehr-Eliteeinheit KSK soll mehrere Feldärztinnen angewiesen haben, ihn über bei Soldaten entdeckte rechtsradikale Tätowierungen zu informieren. Die Staatsanwaltschaft Tübingen leitete deswegen gegen Brigadegeneral Markus Kreitmayr ein Ermittlungsverfahren wegen des Verleitens zu einer rechtswidrigen Tat ein. „Die Ermittlungen sollen bis Mitte September abgeschlossen sein“, sagte Staatsanwalt Nicolaus Wegele am Freitag. Der Kommandeur des letzten deutschen Einsatzkontingents in Afghanistan, Brigadegeneral Ansgar Meyer, löst Kreitmayr zum 1. September im Amt ab. DPA



Moorschützer kritisieren Regierung

Umweltschützer werfen der Bundesregierung vor, die geplante Moorschutzstrategie verschleppt und damit für diese Legislaturperiode verhindert zu haben. Damit sei Zeit im Kampf gegen den Klimawandel verloren gegangen, kritisierte für den Naturschutzbund (Nabu) der Moor-Experte Felix Grützmaier. Von einem „Armutzeugnis der Bundesregierung“ sprach der Geschäftsführer der Succow-Stiftung, Jan Peters. Die Bundesregierung schaffe es nicht, ihre selbst gesteckten Ziele zu erfüllen. Im letzten Koalitionsvertrag hatten sich Union und SPD vorgenommen, eine Moorschutzstrategie zu verabschieden und erste Maßnahmen noch in dieser Legislaturperiode umzusetzen. Doch das Umweltministerium und das Landwirtschaftsministerium konnten sich nicht einigen. Die Strategie werde nicht mehr in dieser Legislatur verabschiedet, teilte das Umweltministerium mit. Schon den Entwurf hatten Umweltschutzorganisationen als unzureichend kritisiert. Das Foto zeigt den Bau einer Wassersperre zur Wiedervernässung von Moorflächen auf der Ostseeinsel Rügen TEXT: DPA/FOTO: BÜTTNER/DPA

Deutschland zahlt Rekordsumme

Beitrag in EU-Gemeinschaftshaushalt könnte von 30 auf 40 Milliarden Euro brutto steigen

VON ANSGAR HAASE

Berlin/Brüssel. Deutschland hat im vergangenen Jahr trotz der Pandemie einen Rekordbetrag in den europäischen Gemeinschaftshaushalt eingezahlt. Nach aktuellen Berechnungen wurden 2020 netto etwa 19,4 Milliarden Euro nach Brüssel überwiesen. Frankreich steuerte unter dem Strich mit 9,5 Milliarden Euro nur etwa halb so viel bei, Italien mit rund 6,3 Milliarden Euro weniger als ein Drittel. Der in absoluten Zahlen größte Nettoempfänger war den Berechnungen zufolge Polen, das aus dem EU-Haushalt 12,4 Milliarden Euro mehr herausbekam, als es einzahlte. Danach folgten Griechenland mit 5,6 Milliarden Euro sowie Rumänien und Ungarn mit je rund 4,7 Milliarden Euro.

Brisant sind die Zahlen vor allem wegen der großen Geldflüsse nach Polen und Ungarn. Beide Staaten stehen in der Kritik, weil ihnen gravierende Verstöße gegen Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und andere Grundwerte der EU vorgeworfen werden. Immer lauter werden deswegen derzeit Stimmen, die sich für eine Kürzung von EU-Zahlungen an Ungarn und Polen aussprechen.

„Wenn wir verhindern wollen, dass sich Ungarn und Polen weiter zu Autokratien entwickeln, muss die EU-Kommission die Auszahlung von EU-Geld an Warschau und Budapest unmittelbar stoppen“, fordert zum Beispiel der deutsche Grünen-Europaabgeordnete Daniel Freund. Selbst die Vizepräsidentin des Parlaments, Katarina Barley

(SPD), äußerte sich jüngst ebenfalls klar in diese Richtung.

Die sowohl für den EU-Haushalt als auch für die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit in der EU zuständige EU-Kommission wollte die Zahlen auf Anfrage nicht kommentieren. Die Brüsseler Behörde veröffentlicht seit einiger Zeit nicht mehr die Bilanzen, weil sie befürchtet, dass die Zahlen politisch instrumentalisiert werden könnten – zum Beispiel

„Keine andere europäische Volkswirtschaft profitiert so sehr vom EU-Binnenmarkt wie die deutsche.“

Internetseite der Bundesregierung

von EU-Gegnern in den Nettozahler-Ländern.

Zudem wird in der Kommission darauf verwiesen, dass der EU-Haushalt im Vergleich zu den nationalen Budgets sehr klein sei und dass sich der Nutzen der EU-Mitgliedschaft nicht allein aus den Haushaltszahlen ableiten lasse. So wird zum Beispiel argumentiert, dass die finanziellen Vorteile, die Exportnationen wie Deutschland durch freien Warenverkehr haben, außen vor bleiben. Dies wird auch in Berlin so gesehen.

„Keine andere europäische Volkswirtschaft profitiert so sehr vom EU-Binnenmarkt wie die deutsche“, heißt es auf einer Webseite der Bundesregierung. Deutschland zahle viel Geld in den EU-Topf ein, profitiere aber noch mehr davon. Wie viel Geld ein EU-Staat in den Gemeinschaftshaushalt einzahlen muss, richtet sich im Wesentlichen nach seinem Anteil an der Wirtschaftskraft der EU.

Bedeutet die deutsche Lesart Entwarnung für Ungarn und Polen? Vermutlich nicht. Unter dem Druck von Ländern wie Deutschland wurde im vergangenen Jahr ein neues Instrument geschaffen, mit dem EU-Ländern Mittel aus dem Gemeinschaftsbudget gekürzt werden können, wenn wegen Rechtsstaatlichkeitsverstößen ein Missbrauch des Geldes droht. Im Herbst sollen nach Angaben der EU-Kommission die ersten Verfahren auf den Weg gebracht werden.

Problematisch ist dabei allerdings, dass die Mittelkürzungen eigentlich keine negativen Auswirkungen auf den normalen Bürger haben sollen. Wie dies bewerkstelligt werden soll, ist bislang unklar, weil der weit überwiegende Teil der EU-Ausgaben noch immer für die Einkommenssicherung von Landwirten gezahlt wird und auch das Geld zur Unterstützung vergleichsweise wirtschaftsschwacher Regionen oder für Infrastrukturprojekte oder Forschung zahlreiche Arbeitsplätze sichert.

Fest steht unterdessen schon jetzt, dass sich die Bilanz für Deutschland in diesem Jahr noch einmal verschlechtern wird. Bei

den Verhandlungen zum EU-Finanzrahmen für die Jahre 2021 bis 2027 haben die Bundesrepublik und die anderen Nettozahler im vergangenen Jahr eingewilligt, ihre Beiträge noch einmal zu erhöhen, um den durch den EU-Austritt des Nettozahlers Großbritannien entstehenden Verlust weitgehend auszugleichen. Nach der Einigung wird Deutschland künftig jährlich brutto um die 40 Milliarden Euro in den europäischen Haushalt zahlen. In den vergangenen Jahren waren es um die 30 Milliarden Euro gewesen. Eine starke Erhöhung der Rückflüsse wird hingegen nicht erwartet.

Polen reagiert auf EuGH-Urteil

Die Präsidentin des Obersten Gerichts in Polen, Malgorzata Manowska, hat die umstrittene Disziplinarkammer für Richter von einigen ihrer Aufgaben entbunden. Sie ordnete an, dass der Kammer keine neuen Disziplinarverfahren von Richtern oder Staatsanwälten übertragen werden, wie die Nachrichtenagentur PAP am Freitag berichtete. Bereits eingereichte Anträge würden jedoch noch abgearbeitet. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hatte Mitte Juli geurteilt, dass die Disziplinarkammer gegen EU-Recht verstößt, weil diese „nicht alle Garantien für Unparteilichkeit und Unabhängigkeit“ biete. Zugleich setzte der EuGH dem EU-Mitgliedsland eine Frist bis Mitte August, um die Entscheidung umzusetzen. Ansonsten hätten Polen Strafzahlungen gedroht. DPA

564 Islamisten im Visier

Zahl der Gefährder geht zurück – Bedrohungspotenzial bleibt hoch

VON SEBASTIAN ENGEL

Berlin. Die Polizeibehörden von Bund und Ländern haben mittlerweile deutlich weniger als gefährlich eingeschätzte Islamisten auf dem Schirm als in den vergangenen Jahren. Wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage des FDP-Innenpolitikers Benjamin Strasser hervorgeht, waren im Juli bundesweit 564 Menschen im Bereich „religiöse Ideologie“ als sogenannte Gefährder eingestuft. Im Juli 2018 hatten die Staatsschutz-Abteilungen noch 774 potenziell gefährliche Islamisten im Visier gehabt.

Als Gefährder bezeichnet man im Bereich der politisch motivierten Kriminalität Menschen, denen die Polizei schwere Gewalttaten bis hin zu Terroranschlägen zutraut. Neben den „Gefährdern“ schaue die Polizei aktuell auch auf 529 „relevante Personen“ unter den Islamisten, heißt es weiter in der Antwort der Regierung. Ihre Zahl war zuletzt leicht gestiegen. Zum Kreis der „relevanten Personen“ zählt, wer in der Szene als „Führungsperson“, als „Akteur“ oder als Logistiker und Unterstützer agiert. Außerdem müssen „objektive Hinweise vorliegen, die die Prognose zulassen, dass sie politisch motivierte Straftaten von erheblicher Bedeutung“ verüben werden. Auch Kontakt- oder

Begleitpersonen eines Gefährders oder eines Verdächtigen gehören zu dieser Gruppe.

Anlass für eine Entwarnung bieten die aktuellen Zahlen aus Sicht der Sicherheitsbehörden nicht. Das Bundesinnenministerium betonte, diese seien nach wie vor „auf einem hohen Niveau“. Auch nach der militärischen Niederlage der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) in Syrien und im Irak gebe es große Herausforderungen, sagte Strasser. Alle bestehenden Programme für Prävention und Deradikalisierung sollten durch unabhängige Experten auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden.

Nicht nur Anbieter von Deradikalisierungsprogrammen müssen ihre Methoden ständig überprüfen. Auch die Werkzeuge, mit denen die Polizei einschätzt, wie wahrscheinlich es ist, dass ein bestimmter Extremist Gewalt anwendet, werden angepasst. Damit Fehleinschätzungen wie 2016 nicht mehr passieren. Weil er im Internet auf Pornoseiten unterwegs war und Drogen verkaufte, ging die Polizei davon aus, der abgelehnte Asylbewerber Anis Amri habe sich vom militanten Salafismus distanziert. Die Observation des späteren Weihnachtsmarkt-Attentäters wurde eingestellt. Im Dezember 2016 tötete er in Berlin zwölf Menschen.

„Propagandaerfolg der Taliban“

BGH-Richter kritisieren Darstellung vom Luftangriff in Kundus

VON CARSTEN HOFFMANN

Berlin. Zwölf Jahre nach dem Luftangriff im afghanischen Kundus haben zwei Richter am Bundesgerichtshof (BGH) eine falsche Darstellung des Sachverhalts bemängelt. „Leider hat sich in der Öffentlichkeit das Bild festgesetzt, auf Anordnung des deutschen örtlichen Kommandeurs sei ohne Vorwarnung in eine Menschenmenge bombardiert worden, wobei über 100 Personen ums Leben gekommen seien, darunter viele Zivilisten und insbesondere Kinder“, schreiben der Vorsitzende Richter am BGH, Ulrich Herrmann, und BGH-Richter Harald Reiter in der „Neuen

Juristischen Wochenschrift“. „Diese Darstellung ist hinsichtlich der Opferzahl und -eigenschaft sowie der angeblich unterbliebenen Warnung schlicht falsch und beruht letztlich wohl auf einem Propagandaerfolg der Taliban.“ In der Berichterstattung über den Fall sei es unterblieben, öffentlich zugängliche Quellen zu nutzen, „die ein zuverlässiges Bild vom Sachverhalt vermitteln“.

US-Kampfflugzeuge hatten in der Nacht zum 4. September 2009 zwei von den Taliban gekaperte Tanklastzüge bombardiert. Angeordnet hatte dies der deutsche Oberst Georg Klein. Er befürchtete, dass die Fahrzeuge als rollende Bomben benutzt werden könnten.



Ein afghanischer Polizist steht vor einem ausgebrannten Tanklastzug in Kundus nach dem von dem deutschen Oberst Georg Klein angeordneten Luftangriff.

FOTO: ARCHIV/DPA

Entschädigung für Aborigines

Australiens Premier zeigt Reue und kündigt Wiedergutmachung für Menschenrechtsverletzungen an

VON CAROLA FRENTZEN

Sydney. Seit Archie Roach im Jahr 1990 das Lied „Took The Children Away“ (Sie haben die Kinder weggenommen) herausbrachte, gilt der Aborigine-Künstler als eine der wichtigsten Stimmen der australischen Ureinwohner. Der tieftraurige Song ist so etwas wie die Hymne der Stolen Generations – jener „gestohlenen Generationen“ von Indigenen, die zwischen 1910 und 1970 ihren Familien entrissen wurden. In Heimen und Missionen sollten die Kinder „umerzogen“ werden, ihre Herkunft und Sprache vergessen und die Kultur der europäischen Einwanderer annehmen. Die Betroffenen leiden bis heute, weil sie sich weder bei ihrem Volk noch in der Welt der Weißen heimisch fühlen.

Seit Jahrzehnten forderten Aborigines-Verbände finanzielle Entschädigungen für die Menschenrechtsverletzungen. Jetzt haben sie einen wichtigen Sieg errungen: Die Regierung in Canberra hat angekündigt, eine solche Wiedergutmachung auf den Weg zu bringen. Viele hatten schon nicht mehr daran geglaubt. „Ich habe gleichzeitig geweint und gelacht, meine Enkelin hat versucht, mich zu beruhigen“, zitierte der australische Sender ABC die 78-jährige Eileen Cummings. Gleichzeitig sei sie traurig, dass viele Leidtragende dies nicht mehr erleben könnten. Cummings wurde als Vierjährige aus dem Siedlungsgebiet Arnhemland ihren Eltern weggenommen und auf die Insel Croker Island gebracht, wo es damals eine methodistische Mission gab.

Viele sahen ihre Familien erst viele Jahre später oder sogar nie mehr wieder. Schätzungen zufolge waren zehn bis 30 Prozent aller indigenen Kinder betroffen. Vorzugsweise handelte es sich um gemeinsame Kinder von Aborigines und Europäern, die ihren Eltern buchstäblich aus den Armen gerissen und zwangsweise in andere – oft weit entfernte – Landesteile gebracht wurden.

Ureinwohner blieben lange ungehört

Das heikle Thema wurde zwar in Musik und Film immer wieder behandelt, aber die Forderungen der Ureinwohner blieben dennoch lange ungehört. Eindrucksvoll erzählte 2002 etwa der australische Regisseur Phillip Noyce von dem Grauen: Das Drama „Long Walk Home“ erzählt die Geschichte von drei Aborigine-Kindern, die nach ihrer Entführung durch die Behörden 2000 Kilometer durch das Outback immer an einem Zaun entlang zu ihren Familien zurücklaufen. Beim Lesen des Drehbuchs seien ihm die Tränen gekommen, sagte Noyce. Jetzt weinen viele Aborigines – vor Erleichterung: „Tränen der Freude und des Schmerzes“, beschrieb „ABC“ die Reaktionen.

378,6 Millionen australische Dollar (236 Millionen Euro) will die Regierung ab 2022 für die Entschädigungen aufwenden. Premierminister Scott Morrison sprach von einem „seit Langem bestehenden Problem von nationaler Bedeutung“, das nun angegangen werde. Sprecher der indigenen Völker begrüßten den Vorstoß als wichtigen Schritt. „Viele aus den Gestohlenen Generationen hatten das Gefühl, dass sie den Kampf nie gewinnen könnten, dass die Regierung warten würde, bis sie alle starben, bevor sie etwas tut“, sagte Maisie Austin, die Leiterin der „Stolen Generations Aboriginal Corpo-



Ein Aborigine während einer Räucherzeremonie im Barngaroo Reservat am Australia Day im vergangenen Januar. Jahrzehntlang wurden Kinder der Ureinwohner verschleppt und zu Weißen „umerzogen“. Jetzt zeigt die Regierung Reue – und verspricht Entschädigungen.

FOTO: ARCHIV/DPA

ration“. Sie sprach von einem „sehr emotionalen, sehr aufregenden“ Moment.

Überlebende bekommen auch die Möglichkeit, ihre Geschichte einem Regierungsbeamten zu erzählen, diese anerkennen zu lassen und eine persönliche oder schriftliche Entschuldigung zu erhalten. Dies könnte ein wichtiger Schritt in Richtung Heilung des australischen Traumas sein. Das Vorhaben erinnert an die von Nelson Mandela eingesetzte Wahrheits- und Versöhnungskommission, die in den 1990er-Jahren in Südafrika Verbrechen während der Apartheid untersuchte. Opfer und Täter traten in einen Dialog, um eine Aussöhnung zu ermöglichen.

Ob das auch in Australien möglich ist, bleibt abzuwarten. Aborigines leben zumeist am Rande der Gesellschaft, sie sind oft von Armut, Alkoholismus und Krankheit betroffen. Das führt auch zu einer geringeren Lebenserwartung. Laut Regierungsstatistiken sterben Aborigines etwa acht Jahre früher als andere Australier. Regierungschef Mor-

risson hofft, dass sich die Entschädigungen „positiv auf die Gesundheit und das Wohlergehen der Überlebenden von Stolen Generations, ihrer Familien und Gemeinschaften auswirken werden“.

Kirchen unterstützten das System

Von Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die 1970er-Jahre galten die Aborigines offiziell als „minderwertige, zum Aussterben verurteilte Rasse“. Als „rettenswert“ wurden lediglich Kinder von Eltern unterschiedlicher Ethnien gesehen. Zehntausende von ihnen wurden im Rahmen der „Australien nur für Weiße“-Politik ihren Eltern weggenommen, um in Heimen zu „weißen“ und christlichen Werten erzogen zu werden. Die katholische Kirche und die anglikanische Kirche waren als Träger von Missionsschulen wesentliche Pfeiler des Unterdrückungssystems. 1996 entschuldigte sich die katholische Kirche in Australien offiziell bei der „Stolen Generation“.

KNA

Ab März können Ureinwohner einen Antrag stellen und eine einmalige Zahlung von 75.000 australischen Dollar (47.000 Euro) als „Anerkennung des Leids“ sowie weitere 7000 australische Dollar (4400 Euro) zur „Erleichterung der Heilung“ erhalten. Die gestohlenen Jahre und die gestohlene Kultur kann jedoch kein Geld zurückbringen. „Sie haben uns mitgenommen, von der Brust unserer Mutter gerissen und gesagt, dass es das Beste sei“, heißt es im Lied von Archie Roach. Der 65-Jährige war selbst eins dieser Kinder. „Als wir aufwuchsen, fühlten wir uns allein. Weil wir uns weiß verhielten und dabei schwarz fühlten“, singt er.

Hal Hart – als Zehnjähriger verschleppt und heute 79 Jahre alt – bringt es auf den Punkt: „Das Trauma, das ich alleine und ohne meine Familie durchmachen musste, war hart, ich leide noch immer darunter.“ Dann fügt er hinzu: „Diese Entschädigung reicht bei Weitem nicht aus, um das zu kompensieren, was wir durchgemacht haben.“

Schweigeminute in Hiroshima

Gedenken an Atombombenabwurf

Hiroshima. Mit einer Schweigeminute haben die Menschen in Hiroshima des Abwurfs der US-Atombombe auf die japanische Großstadt vor 76 Jahren gedacht. Bei einer wegen der Pandemie erneut stark verkleinerten Zeremonie rief Bürgermeister Kazumi Matsui die Welt auf, einen Wandel von atomarer Abschreckung hin zu einem vertrauensbildenden Dialog zu vollziehen. Um 8.15 Uhr Ortszeit, jenem Zeitpunkt, als der US-Bomber Enola Gay am 6. August 1945 die erste im Krieg eingesetzte Atombombe über Hiroshima abgeworfen hatte, hielten die Teilnehmer der Gedenkfeier eine Schweigeminute ab. Währenddessen gingen in Tokio die Olympischen Spiele weiter. Die Bitte Hiroshimas, auch während der Spiele eine Schweigeminute abzuhalten, hatte das Internationale Olympische Komitee (IOC) unter Leitung von Thomas Bach abgelehnt.

Viele in Hiroshima fühlten sich nach der Absage durch das IOC von Bach „betrogen“, schrieb die japanische Tageszeitung „Asahi Shimbun“, die Sponsor der Spiele ist. Viele Bürger hätten gedacht, dass Bachs Erfahrung bei seinem kürzlichen Besuch in Hiroshima bedeutend genug für das IOC wäre, der Forderung der Stadt nach einer Schweigeminute während der Spiele nachzukommen. IOC-Sprecher Adams sagte, dass es während der olympischen Abschlussfeier am Sonntag ein Segment geben werde, wo an die Opfer von Tragödien wie in Hiroshima gedacht werde.

Zehntausende Bewohner von Hiroshima waren beim Abwurf der amerikanischen Atombombe sofort ums Leben gekommen, viele andere starben später an den Folgen. Insgesamt verloren bis Ende 1945 schätzungsweise 140.000 Menschen ihr Leben. Drei Tage nach der gewaltigen Explosion in Hiroshima warfen die USA eine zweite Atombombe über Nagasaki ab. Kurz danach kapituliert das japanische Kaiserreich. Hiroshima ist heute ein weltweites Symbol für Krieg – und für Frieden.

DPA

TANKER-ANGRIFF

G7-Industriestaaten beschuldigen Iran

London. Nach dem Angriff auf einen Öltanker im Persischen Golf haben die führenden westlichen Industriestaaten den Iran für den Vorfall verantwortlich gemacht. Die Außenminister der G7-Staaten verurteilten den Vorfall, bei dem vor rund einer Woche der rumänische Kapitän und ein britisches Besatzungsmitglied getötet worden waren, und schrieben in einer gemeinsamen Erklärung: „Alle verfügbaren Beweise weisen eindeutig auf den Iran hin.“ Der angegriffene Öltanker „Mercer Street“ wird von der Firma Zodiac Maritime mit Sitz in Großbritannien verwaltet, die einen israelischen Vorgesetzten hat. Zuvor hatten bereits Israel und Großbritannien, aber auch Rumänien und die USA Teheran die Schuld zugesprochen.

DPA

AFGHANISTAN

Taliban erobern Provinzhauptstadt

Kabul. Mit der ersten Einnahme einer Provinzhauptstadt seit 2016 haben die Taliban den Druck auf die afghanische Regierung verstärkt. Sarandsch im Südwesten des Landes sei an die Islamisten gefallen, bestätigte die Vizegouverneurin der Provinz Nimrus am Freitag. Lokalen Behördenvertretern zufolge fiel die Stadt praktisch kampfflos. Zuletzt war 2016 die Provinzhauptstadt Kundus im Norden kurzzeitig von den militant-islamistischen Kämpfern eingenommen worden. Sarandsch ist zwar mit 65.000 Einwohnern eine vergleichsweise kleine Stadt, aber wegen ihrer Lage an der Grenze zum Iran ist sie ein bedeutender Handelsknotenpunkt und gilt als Zentrum für Schmuggler.

DPA

MOLDAU

Prowestliche Regierung im Amt bestätigt

Chisinau. Rund einen Monat nach einer richtungsweisenden Parlamentswahl hat die Republik Moldau eine neue Regierung. Die Mehrheit der 101 Abgeordneten bestätigte am Freitag 13 Ministerinnen und Minister im Amt, wie moldauische Medien berichteten. Damit kann Präsidentin Maia Sandu bei ihrem prowestlichen Kurs künftig auch auf den Rückhalt der Regierung bauen. Ihre Partei PAS hatte bei der Abstimmung am 11. Juli die absolute Mehrheit geholt. Damit gibt es in der Ex-Sowjetrepublik, die seit Jahrzehnten zwischen Russland und Europa hin- und hergerissen ist, nun ganz klare Machtverhältnisse. Sandu hatte ihrem verarmten Land Reformen und Korruptionsbekämpfung in Aussicht gestellt.

DPA

Hisbollah beschießt israelisches Gebiet

Tel Aviv/Beirut. Die libanesische Schiitenmiliz Hisbollah hat ein von Israel besetztes Gebiet mit mehreren Raketen beschossen. Die israelische Armee berichtete am Freitag von 19 abgefeuerten Raketen. Drei seien noch im Libanon niedergegangen, zehn seien von der Raketenabwehr „Iron Dome“ (Eisenkuppel) abgefangen worden, teilte Armeesprecher Amnon Scheffler mit. In einer Mitteilung des Militärs hieß es, der Rest sei auf freier Fläche eingeschlagen. Die Armee habe daraufhin die Orte angegriffen, von denen die Raketen abgefeuert worden waren. In Israel gab es zunächst keine Berichte von Verletzten. Scheffler sagte: „Nach unserem Verständnis hat die Hisbollah absichtlich auf freie Flächen gezielt, um die Situation nicht zu eskalieren.“ Sie wolle damit lediglich demonstrieren, dass sie die Kontrolle über den Südlibanon habe.

Die eng mit dem Iran verbündete Hisbollah übernahm anschließend Verantwortung für Beschuss auf „freie Flächen“ auf den Schebaa-Farmen. Sie seien eine Reaktion auf die Luftangriffe durch Israel am Donnerstag gewesen, hieß es in einer Stellungnahme. Die sogenannten Schebaa-Farmen gehören nach Auffassung der Vereinten Nationen zu den 1967 von Israel besetzten syrischen Gebieten. Syrien und einigen Parteien im Libanon sehen das Gebiet jedoch als libanesisches Territorium an.

DPA

Trendwende ohne Lockdown

In den Niederlanden explodieren die Infektionszahlen, dann zieht die Regierung die Notbremse

VON ANNETTE BIRSCHEL

Amsterdam. Dicht an dicht sitzen die Leute an den Amsterdamer Grachten in der Sonne. Küsschen zur Begrüßung, kaum einer hält Abstand, keiner trägt Maske – die liegen allenfalls im Müll. Gedränge in den Läden, Grillparties in Parks, „Gezellig“, so wie es die Niederländer eben lieben. Viele Urlauber konnten fast ihren Augen nicht trauen. Wenn sie nicht geimpft waren, dann drohte ihnen nach der Heimkehr die Quarantäne. Nun aber ändert sich das; ab Sonntag sind die Nie-

derlande laut Einschätzung der Bundesregierung dank einer Verringerung der Infektionszahlen nicht mehr Hochrisikogebiet. Allerdings fühlte sich der Alltag im Nachbarland für deutsche Besucher auch vorher schon beinahe so an wie vor Corona. Und das bei Inzidenzen von über 100.

Doch nun ist die Trendwende da. Seit mehr als zwei Wochen gehen die Zahlen der Neuinfektionen in allen Regionen drastisch zurück. Und das alles ohne Lockdown. Nur ein paar Regeln gibt es: Maskenpflicht in Bus und Bahn, Auflagen für Museen, Theater und

Kinos sowie andere Veranstaltungen. Die Notbremse der Regierung hat gewirkt. Vor etwa vier Wochen waren Premier Mark Rutte und sein Gesundheitsminister Hugo de Jonge zerknirscht vor die TV-Kameras getreten und hatten sich entschuldigt. Sie hätten mit der Lockerung fast aller Maßnahmen Ende Juni einen „Einschätzungsfehler“ gemacht.

Der Fehler war folgenswer. Kaum öffneten Discos, und Clubs, und gab es wieder Festivals und Studentenpartys, explodierten die Infektionszahlen um bis zu 500 Prozent. Bei Jugendlichen von 18 bis 24 sogar um 850 Prozent. Die Regierung zog die Notbremse. Das Nachleben stoppte, alle Gaststätten müssen spätestens um Mitternacht schließen, Festivals sind verboten. Und das war der Hauptgrund für die Trendwende, analysiert das Institut für Gesundheit und Umwelt. Zuletzt wurden in einer Woche 21.000 Neuinfektionen registriert, 44 Prozent weniger als in der Vorwoche. Auch die Zahl der Covid-Patienten in Krankenhäusern stabilisiert sich.

Der zweite Grund für den rückläufigen Trend ist die gut verlaufende Impfkampagne. 21,3 Millionen Impfdosen wurden im Land mit 17 Millionen Einwohnern bisher gespritzt. Etwa zwei Drittel der Erwachsenen ist völlig geimpft, und mehr als 85 Prozent haben zumindest eine Dosis erhalten. Am 13. August will die Regierung entscheiden, wie es weitergeht.



In den Niederlanden feiern die Menschen während der Pandemie auf der Straße. Um Mitternacht müssen die Gaststätten schließen.

FOTO: DEJONG/DPA

LEUTE



US-Popstar Taylor Swift (31) bringt ihre Fans mit einem Video zu ihrem neuen Album „Red (Taylor's Version)“ zum Rätseln. Die kurze Videosequenz, die Swift am Donnerstag (Ortszeit) auf Twitter und Instagram veröffentlichte, zeigt einen Tresor, der sich öffnet und aus dem Buchstaben kommen, die - scheinbar - unverständliche Wörter bilden. Dazu ist Gesang zu hören, der klingt, als werde er rückwärts abgespielt. Die Sängerin schreibt dazu nebulös: „...drückt absenden“, „lacht wahnsinnig“ und „Level: beiläufig grausam im Namen der Ehrlichkeit.“ DPA



Die US-amerikanische Schauspielerin Kate Bosworth (38) und Ehemann Michael Polish (50) haben sich getrennt. Auf Instagram gab das Paar das Ende seiner achtjährigen Ehe bekannt. Zu einem Foto, auf dem sich die beiden ausgelassen küssen, posteten sie eine längere Message über den Beginn ihrer Liebe und die Angst, dass sie einmal enden könnte. „Unser Herzen sind voll, denn wir waren nie zuvor so verliebt und so zutiefst dankbar füreinander, bei dieser Entscheidung, uns zu trennen“, schrieb das Paar. Sie würden nun einander loslassen, aber ihre Liebe werde niemals enden. DPA



Pop-Ikone Cher (75), Rocker Iggy Pop (74) und Sängerin Rita Ora (30): Bilder prominenter Musikerinnen und Musiker zieren die 2022er Ausgabe des Pirelli-Kalenders. Fotograf ist Sänger Bryan Adams (61), der seine Kolleginnen und Kollegen in Los Angeles und auf Capri ins rechte Licht rückte. Gemeinsam mit dem italienischen Reifenhersteller hat Adams einen entsprechenden Titel gewählt: „On The Road“ (Unterwegs). „On the road bin ich seit 45 Jahren, denn das Leben eines Musikers besteht aus Straßen und Reisen“, wurde er zitiert. DPA

Mehr Leute www.weser-kurier.de/leute



Aufgegeben: Einsatzkräfte haben in der Nähe des Dorfes Akcayaka (Türkei) stundenlang gegen einen Waldbrand gekämpft, doch das Feuer brennt noch immer - jetzt müssen sie abziehen. FOTO: EMRE TAZEGUL/DPA

„Das Land ist ein Pulverfass“

90 neue Feuer in 24 Stunden - Waldbrände in Griechenland und Türkei wüten weiter

VON GERD HÖHLER
UND ALEXIA ANGELOPOULOU

Athen/Antalya. Bei den verheerenden Waldbränden in Griechenland und der Türkei spitzt sich die Lage zu - vor allem in der Nähe von Athen. In der Türkei sind einige Feuer nach wie vor außer Kontrolle. Mindestens acht Menschen wurden in der Türkei durch die Flammen getötet, ein Mann starb gestern in Griechenland an den Folgen des Feuers. Die Küstenregionen Antalya, Marmaris und Milas sind von den Bränden besonders betroffen. Seit Tagen kämpfen Feuerwehren, Soldaten und Freiwillige nördlich der griechischen Hauptstadt gegen riesige Brände. Am Freitag wurden ihre schlimmsten Befürchtungen wahr. Kräftige Nordwestwinde trieben zwar die Gluthitze der vergangenen Tage, fachten aber die Flammen zu regelrechten Feuerstürmen an. Zahlreiche Ortschaften mussten evakuiert werden. Binnen 24 Stunden gab es in Griechenland landesweit etwa 90 neue Waldbrände, wie die Feuerwehr am Morgen twitterte. Löschmannschaften berichteten von zahlreichen Explosionen. Am Nachmittag bedrohten die Flammen ein großes Umspannwerk des Stromnetzbetreibers Admie bei der Ortschaft Agios Stefanos. Sollte das Feuer die Anlage

außer Betrieb setzen, droht der Viermillionenstadt Athen ein totaler Stromausfall. Der griechische Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis schwor die Bürger ein: „Es liegen harte Tage vor uns.“ Er warnte vor einem „noch nie da gewesenen Zustand, weil die vergangenen Tage der Hitze und Trockenheit das Land in ein Pulverfass verwandelt haben“. In Athen wurden 18 Menschen in die Krankenhäuser eingeliefert, viele mit Atembeschwerden, aber auch mehrere Feuerwehrleute, die bei den Löscharbeiten Verbrennungen erlitten hatten. Der Wind trieb immer wieder Rauchschwaden und Aschepartikel in die Stadt. Ärzte riefen die Bevölkerung in Athen auf, sich mit FFP-Masken vor dem Rauch zu schützen. In der Umgebung des antiken Olympia im Westen des Peloponnes wurden 32 Dörfer evakuiert. Neben den griechischen Löschflugzeugen waren auch Maschinen aus Zypern, Schweden, Frankreich, Kroatien und Rumänien bei der Brandbekämpfung im Einsatz. In der Türkei wüthen die Flammen vor allem in den Feriengebieten um Marmaris und Bodrum an der Ägäisküste sowie im Hinterland von Antalya an der türkischen Riviera. Von 200 Feuern waren am Freitag zwölf nicht unter Kontrolle. Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan sprach von den schlimmsten

Bränden in der Geschichte des Landes. Mehr als 36.000 Menschen mussten bereits evakuiert werden. Oppositionspolitiker kritisieren, die Regierung habe den Brandschutz jahrelang vernachlässigt. So verfügt die Türkei über kein einziges einsatzfähiges eigenes Löschflugzeug. Für die Brandbekämpfung mussten Maschinen aus Russland, dem Iran, Aserbaidschan und der Ukraine angemietet werden. Inzwischen unterstützt auch die EU die Türkei bei der Brandbekämpfung mit Flugzeugen aus Kroatien und Spanien. Möglicherweise könnten die Brandkatastrophen die beiden verfeindeten Nachbarländer Griechenland und Türkei politisch näher zueinander bringen. Der griechische Außenminister Nikos Dendias und sein türkischer Kollege Mevlüt Cavusoglu vereinbarten am Freitag telefonisch, dass sich beide Länder künftig bei der Brandbekämpfung gegenseitig unterstützen wollen. Klimaforscher Christos Zeref, der Chef der griechischen Akademie für Forschung und Innovation, warnt schon lange vor einer solchen Katastrophe. Beunruhigend detailliert hatte er die jetzige Feuersbrunst vergangene Woche angekündigt. Griechenland sei vom Klimawandel stark betroffen, die Wüstenbildung im Land schreite voran.

Schweizerin auf Phuket ermordet?

Phuket. Auf der thailändischen Urlaubsinsel Phuket ist eine Schweizerin tot aufgefunden worden. Indizien deuteten darauf hin, dass die 57-Jährige zunächst vergewaltigt und dann ermordet worden sei, berichtete die „Bangkok Post“. Die Frau, die Mitte Juli im Rahmen eines Modellprojekts für Tourismus in Corona-Zeiten auf die größte Insel des Königreichs gereist war, sei tot im Wasser liegend in der Nähe eines abgelegenen Wasserfalls im Süden der Insel entdeckt worden. Die Leiche war demnach mit einer schwarzen Plane bedeckt, in der Nähe wurden Shorts, ein Smartphone und ein Reisepass gefunden. Behördenangaben zufolge liegt der Tod der Schweizerin wahrscheinlich nicht mehr als drei Tage zurück. Das Opfer soll aus Singapur angereist sein. Die Polizei nahm Ermittlungen auf. DPA

Senioren trinken mehr

Brüssel. Jungen Leuten wird oft nachgesagt, dass sie zu viel trinken - Senioren konsumieren aber am häufigsten Alkohol in der EU - so die Statistikbehörde Eurostat. Nach den Daten von 2019 trinkt nur ein Prozent der 15- bis 24-Jährigen täglich, im Vergleich zu 16 Prozent der Menschen über 75. Der Konsum steige mit dem Alter. Insgesamt trinken 8,4 Prozent der Europäer täglich. DPA

Wasserflugzeug abgestürzt

Ketchikan. Beim Absturz eines Wasserflugzeugs in den Fjorden Alaskas sind nach ersten Erkenntnissen alle sechs Insassen ums Leben gekommen. Neben dem Piloten starben fünf Kreuzfahrtpassagiere des Schiffs „Nieuw Amsterdam“, das im Hafen von Ketchikan am südöstlichen Zipfel Alaskas vor Anker lag - nahe der Grenze zu Kanada. Der Flug war Teil eines Landgangprogrammes. DPA

Kokain in Boot gefunden

Acajutla. In einem Boot vor der Küste El Salvadors ist Kokain im Wert von 34,2 Millionen US-Dollar (rund 29 Mio. Euro) entdeckt worden. Die Marine fing das Motorboot vor dem Pazifikhafen Acajutla ab. An Bord waren etwa 1370 Kilo Kokain sowie sechs Personen: drei Mexikaner, zwei Ecuadorianer und ein Kolumbianer. DPA

HOCHDRUCK, TIEFDRUCK UND REDAKTION.

wkmanufaktur.de

Wir texten und gestalten. Print und Digital.

WK | Manufaktur

DAS WETTER HEUTE IN BREMEN UND UMZU

Sonntag
22°/15°
21°/12°

Montag
22°/15°
21°/13°

Dienstag
23°/14°
22°/12°

05:52 21:07
03:54 21:13
08.08. 15.08.
22.08. 30.08.

3 Beaufort aus Süd

UNSERE REGION HEUTE
Bei wechselnder Bewölkung entwickeln sich einige Regenschauer, örtlich auch kräftige Gewitter. Die Temperaturen steigen auf 21 bis 23 Grad. Es weht ein schwacher bis mäßiger Wind aus Süd bis Südwest.

VORHERSAGE FÜR DIE NÄCHSTEN TAGE
Morgen und zu Beginn der neuen Woche setzt sich das wechselhafte Wetter mit Regenschauern und Gewittern weiterhin bei uns fort. Höchsttemperaturen um 21 Grad werden erreicht. Zur Wochenmitte wird es allerdings freundlicher und wärmer.

BEOBSACHTETES WETTER	WIND HEUTE	HOCHWASSER
Bremen-Flughafen am 06.08.2021, 16 Uhr	Unterweser: S 3	Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie für den 07.08.2021
Windrichtung und Stärke: S 2	Wesermünd./Jade: S 3	Cuxhaven 01:02 / 13:23
Lufttemperatur (°C): 19,6	Ostfries. Inseln: S 4	Bremerhaven 01:18 / 13:38
Luftfeuchtigkeit (%): 84	Elbmündung und Helgoland: S 4	Brake 02:06 / 14:25
Luftdruck (hPa): 1002,9	Nordfries. Inseln: S 4	Vege sack 02:51 / 15:12
Max. Temp. am 05.08. (°C): 24,7	Westliche Ostsee: S 3	Bremen 03:00 / 15:22
Min. Temp. in der Nacht zum 06.08. (°C): 13,8	Zwischenahner M.: S 2	Wilhelmshaven 00:50 / 13:10
Regen bis 7 Uhr in l/qm: 0,0	Steinhuder Meer und Dümmer: S 3	

DAS WETTER HEUTE IN DEUTSCHLAND

Im Osten scheint erst die Sonne, während im Norden und Westen Regengüsse und Gewitter niedergehen. Später breiten sich kräftige Schauer und Gewitter von West nach Ost aus. Ab dem Nachmittag besteht im Südosten Unwettergefahr durch Starkregen, Hagel und Sturmböen. 17 bis 27 Grad werden erreicht. Der Wind weht schwach bis mäßig aus südlichen Richtungen.

WetterKontor

Augsburg	Gewitter	24°	Konstanz	Schauer	22°
Berlin	Schauer	27°	Köln/Bonn	Schauer	23°
Frankfurt	Schauer	22°	Leipzig	Schauer	26°
Freiburg	Schauer	22°	List/Sylt	Gewitter	21°
Dresden	Schauer	26°	München	Gewitter	26°
Hamburg	Gewitter	23°	Nürnberg	Schauer	24°
Hannover	Schauer	23°	Rostock	Schauer	23°
Helgoland	Gewitter	20°	Saarbrücken	Gewitter	21°
Karlsruhe	Schauer	23°	Stuttgart	Schauer	22°
Kassel	Schauer	23°	Zugspitze	Gewitter	7°

BIOWETTER
Bei Personen mit niedrigen Blutdruckwerten kommt es vermehrt zu Kopfschmerzen und Schwindelgefühlen. Entsprechend vorbelastete Menschen müssen auch mit Migräneattacken rechnen. Gräserpollen fliegen meist schwach, Beifußpollen teils in geringen, teils in mittleren bis hohen Mengen.

DAS WETTER HEUTE IN EUROPA

Ein Tief über Schottland sorgt im Westen Mitteleuropas weiterhin für unbeständiges und nur mäßig warmes Wetter. Im Osten ist es dagegen heiter bis wolkgig und überwiegend trocken.

STÄDETWETTER

Amsterdam	Schauer	22°	Moskau	Schauer	27°
Athen	sonnig	35°	Nizza	wolkgig	26°
Brüssel	Schauer	22°	Oslo	wolkgig	20°
Dubrovnik	sonnig	30°	Paris	Schauer	22°
Innsbruck	Schauer	26°	Rom	sonnig	31°
Istanbul	Schauer	29°	Stockholm	Schauer	20°
Kopenhagen	Schauer	22°	Tunis	heiter	41°
London	Schauer	21°	Venedig	wolkgig	28°
Malaga	heiter	37°	Wien	wolkgig	29°
Mallorca	sonnig	32°	Zürich	Schauer	21°

AKTUELLE INFORMATIONEN
Messwerte der Bremer Luftüberwachung: www.bauumwelt.bremen.de sowie im NDR-Video auf Seite 679. Täglich mehrfach aktualisierte Wetterinformationen: www.weser-kurier.de

Reederei Maersk hebt Prognose an

Großes Plus im ersten Halbjahr

Kopenhagen. Der weltgrößte Reedereikonkern Maersk macht weiter Gewinn. Unter dem Strich stand für die Dänen im zweiten Quartal vor allem dank weiter außergewöhnlicher Marktbedingungen im Ozeangeschäft mit hohen Frachtraten und Mengen ein Plus von 3,7 Milliarden Dollar (3,2 Milliarden Euro). Das ließ den Nettogewinn im ersten Halbjahr auf 6,5 Milliarden Dollar anschwellen, wie A. P. Møller-Maersk mitteilte. Der Umsatz nahm im zweiten Quartal um 58 Prozent zum Vorjahreszeitraum auf 14,2 Milliarden Dollar zu. Auf das Halbjahr gerechnet lag er bei 26,7 Milliarden Dollar.

Im Zuge der Zahlen hob Maersk seinen Ausblick an. Das Ergebnis im dritten Quartal werde voraussichtlich über dem Niveau des zweiten liegen. Allerdings wies die Reederei darauf hin, dass die Handelsbedingungen für die darauffolgenden Zeiträume wegen der momentanen Nachfragesituation, Engpässen und Unterbrechungen in den globalen Lieferketten weiter überdurchschnittlich hohen Schwankungen unterliegen. DPA

Vonovia-Chef macht letztes Angebot

Wohnungskonzern steigert Gewinn deutlich und geht mit gut gefüllten Kassen in neuen Übernahmeversuch

VON CLAUDIA HAFFERT

Bochum. Mit einem gestiegenen Gewinn im Rücken und einer Kampfansage an Spekulanten geht der Chef des größten deutschen Wohnungskonzerns Vonovia, Rolf Buch, in die neue Runde des Ringens um die Übernahme des Konkurrenten Deutsche Wohnen. Bei einem Scheitern des neuen Übernahmeangebots will Buch keinen weiteren Anlauf unternehmen. „Das ist jetzt das letzte Angebot“, sagte er.

Vonovia war im vergangenen Monat mit seinem Übernahmeangebot für die Nummer zwei auf dem deutschen Wohnungsmarkt knapp an der Mindestschwelle von 50 Prozent gescheitert. „Wir haben aus den Fehlern gelernt, die wir beim letzten Mal gemacht haben“, sagte Buch. Vonovia werde sich „von einzelnen Aktionären nicht unter Druck setzen lassen“, kündigte er. „Ich spreche nicht mit Spekulanten.“ Die Deutsche Wohnen habe inzwischen überwiegend kurzfristige orientierte Aktionäre, so Buch. Eine



Fahnen mit dem Schriftzug Vonovia wehen vor der Konzernzentrale des Immobilienkonzerns. FOTO: BERND THISEN

solche Struktur verträge sich nicht mit der Wohnungswirtschaft. „Wohnungsunternehmen eignen sich nicht für kurzfristige Spekulationen“. Deshalb sei ein Erfolg des neuen Übernahmeangebots „auch im Interesse der gesamten deutschen Bevölkerung“.

Vonovia geht mit gut gefüllten Kassen in den neuen Übernahmeversuch. Im ersten Halbjahr legte der operative Gewinn (FFO) im Jahresvergleich um 13 Prozent auf 765 Millionen Euro zu. Die Bochumer profitieren davon, dass sie ihren Wohnungsbestand mehr

und mehr in Städten mit wachsenden Bevölkerungszahlen konzentrieren. Die Nachfrage nach Wohnungen sei „ungebrochen hoch“, sagte Buch. Der Verkehrswert des Immobilienbestands erhöhte sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um mehr als sieben Prozent auf gut 63 Milliarden Euro. Die Mieteinnahmen stiegen im ersten Halbjahr um 3,3 Prozent auf 1,17 Milliarden Euro.

Die Übernahme des Branchenrivalen würde deshalb gut in das Konzept von Vonovia-Chef Buch passen. Die Deutsche Wohnen ist der größte Privatvermieter in der Hauptstadt: Rund 114.000 der insgesamt mehr als 155.000 Wohnungen stehen im Großraum Berlin. Vonovia hat in Deutschland, Österreich und Schweden rund 414.000 Wohnungen.

Beim letzten Übernahmeversuch konnte Buch Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Wohnen an Bord holen, aber nicht alle am Unternehmen beteiligten Hedgefonds. Deren Spekulation auf einen höheren Preis machte Buch fürs Scheitern verantwortlich.



Allianz ist der Tagesgewinner



Carsten Brömstrup, Leiter Anlagestrategie/Wertpapiere, OLB

Der Dax kratzte zum Wochenschluss an der 15.800-Punkte-Marke. An der Spitze der Börsenskala standen dieses Mal die Sorgenkinder Allianz, Bayer und Siemens Energy, die Teile ihrer Wochenverluste aufholen konnten. Allianz profitierte von einer leicht erhöhten Jahresprognose und einem Aktienrückkaufprogramm. Zudem fielen die mit Spannung erwarteten Zahlen zum US-Arbeitsmarkt besser aus als erwartet. Fast eine Million Jobs außerhalb der Landwirtschaft waren im Juli neu entstanden. Auch die Zahlen für Juni wurden nach oben korrigiert. Die Arbeitslosenquote sank auf von 5,9 auf 5,4 Prozent: Gut für die Wirtschaft, gut für Joe Biden.

DIE 30 DAX WERTE

Table with 10 columns: Company Name, 06.08. Schluss, % change, Tief, 12 Monate Vergleich, Hoch, Div., Div. Rend., KGV 2021. Lists top 30 DAX companies like Adidas, Allianz, BASF, Bayer, BMW, etc.

M-DAX

Table with 10 columns: Company Name, Dividende, 06.08. Schluss, % change, 12 Monats-Tief, Hoch. Lists M-DAX companies like Airbus, Altria, Alstria Office, etc.

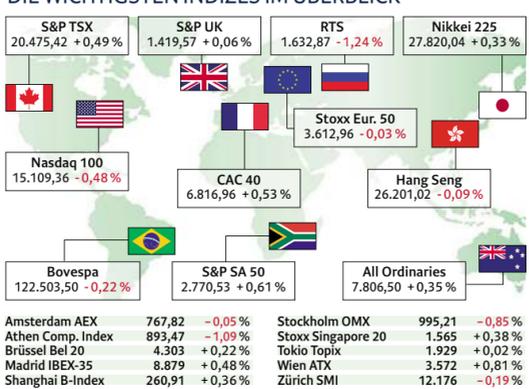
INTERNATIONALE RENDITEN

Table with 10 columns: Country, Rendite, Abstand. Lists international yields for countries like Südafrika, Russland, Neuseeland, etc.

SORTEN & DEVISEN

Table with 10 columns: Currency, Ankauf, Verkauf, Devisen. Lists exchange rates for various currencies like Austr. Dollar, Brit. Pfund, etc.

DIE WICHTIGSTEN INDIZES IM ÜBERBLICK



TEC-DAX

3.790,21 -0,74%

S-DAX

16.684,27 +0,07%

Table with 10 columns: Company Name, Dividende, 06.08. Schluss, % change, 12 Monats-Tief, Hoch. Lists various companies like 1&1, Aareal Bank, Adler Group, etc.

REGIONALE AKTIEN (Auswahl)

Table with 10 columns: Company Name, Dividende, 06.08. Schluss, % change, 12 Monats-Tief, Hoch. Lists regional companies like artec technologies, Brillant, etc.

ANLEIHEN

Table with 10 columns: Deutsche Staatsanleihen, Coupon, Laufzeit, Kurs, Rend. Lists German government bonds.

WEITERE AKTIEN

Table with 10 columns: Company Name, Dividende, 06.08. Schluss, % change, 12 Monats-Tief, Hoch. Lists various companies like Adler Real Estate, Algeier, etc.

EURO STOXX 50

Table with 10 columns: Company Name, 06.08. Schluss, % change, 12 Monate Vergleich, Hoch, Div., Div. Rend., KGV 2021. Lists Euro Stoxx 50 companies like AB Inbev, Adyen, etc.

Advertisement for OLB BANK and BANKHAUS NEELMEYER, featuring logos and text: 'Kompetenz für Ihre Anlagegeschäfte.'

GELDMARKT

Table with 10 columns: Instrument, Rate, % change. Lists money market instruments like FMH Finanzmarkttrends, etc.

ROHSTOFFE

Table with 10 columns: Commodity, Price, % change. Lists raw materials like Baumwolle (NY) cts / b, etc.

METALLE & MÜNZEN

Table with 10 columns: Metal/Coin, Price, % change. Lists metals and coins like Edelmetalle & Metalle, Gold, etc.

Die Börsenkurse und der Marktkommtar sind ein Service der Oldenburgische Landesbank AG. Aktienkurse in €, Schweiz = CHF, Dax, M-Dax und S-Dax = Xetra Handel (Ende um 17:30 Uhr), die übrigen Börsenkurse, VZ = Vorkursaktien, Dividende = ausgeschüttete Jährliche Dividende in Landwährung einschließlich eventueller Boni. Barren/Münzen = Degussa Goldhandel, Nikkei-Index = © Nihon Keizai Shimbun, Inc. * = Preis vom Vortag oder letzter verfügbar. Angaben ohne Gewähr. Quelle: Infront

RTL kauft Großteil von Gruner + Jahr

Die Mediengruppe will Kompetenzen bündeln und internationalen Konkurrenten Druck machen

VON ANNA RINGLE

Luxemburg/Hamburg. Die RTL-Mediengruppe übernimmt die deutschen Magazinsgeschäfte und -marken des Hamburger Zeitschriftenverlags Gruner + Jahr. Der Abschluss des Deals in Höhe von 230 Millionen Euro ist für den 1. Januar 2022 vorgesehen, teilte die RTL Group mit. Die Übernahme des Kerngeschäfts von Gruner + Jahr vereinbarten die RTL-Gruppe und der Konzern Bertelsmann, zu dem der Verlag gehört. Gruner + Jahr ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen des Bertelsmann-Konzerns. Zu dem Verlag zählen Titel wie „Stern“, „Geo“, „Brigitte“, „Essen & Trinken“, „Schöner Wohnen“ und „Gala“ oder jüngere Marken wie „Chefkoch“. 2020 lag der Umsatz des Zeitschriftenverlags bei rund 1,14 Milliarden Euro.

Bertelsmann- und RTL-Chef Thomas Rabe sagte, man wolle einen crossmedialen

6,5

Milliarden Euro Umsatz erwartet die RTL Group im Jahr 2021.

„Champion“ schaffen. Dafür soll eine Organisation geschaffen werden, Details sollen in den kommenden Monaten festgelegt werden. Zusammengerechnet wären beide Einheiten 2020 auf einen Umsatz von 2,63 Milliarden Euro gekommen. Rabe betonte, dass es sich bei der Zusammenführung nicht um ein Kosten-, sondern ein Wachstumsprogramm handele.

„Es entsteht ein journalistisches Powerhouse mit der Inhalte-Kompetenz von mehr als 1500 Journalistinnen und Journalisten“, sagte Rabe. Durch die Zusammenführung könnten beide Seiten ihr Potenzial besser ausschöpfen. In crossmedialen Redaktionen sollen zum Beispiel exklusive Inhalte wie Dokumentationen entstehen. Das Ziel ist, größere Recherchen über mehrere Mediengattungen auszuspielen. Es wird voraussichtlich übergreifende Ressorts geben, die Identität der einzelnen Marken soll erhalten bleiben.

RTL übernimmt allerdings nicht alle Geschäfte des Hamburger Verlags. So bleiben bei Bertelsmann etwa die 25-Prozent-Beteiligung an der Spiegel-Gruppe und die Betei-



Die RTL-Mediengruppe übernimmt das Magazinsgeschäft von Gruner + Jahr (hier das Verlagsgebäude in Hamburg).

FOTO: CHRISTIAN CHARISIUS/DPA

ligung an der DDV Mediengruppe, zu der die „Sächsische Zeitung“ gehört.

Rabe zufolge bleibt Hamburg Sitz von Gruner + Jahr. Es werde künftig eine Gruner + Jahr Deutschland GmbH geben, auf die die Kern-Publishing-Geschäfte des Verlags übertragen werden. Rund 1700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden in Hamburg und den übrigen Standorten sitzen, darunter 800 Journalisten. Große Umzugsaktionen seien nicht geplant. Der Deutsche Journalistenverband forderte von der RTL Group, dass nach der Übernahme die journalistischen Arbeitsplätze in Hamburg und Berlin und deren Tarifbindung erhalten bleiben.

An der börsennotierten RTL Group, die in mehreren Ländern tätig ist, hält Bertelsmann die Mehrheit. Die Sendergruppe steuert im Bertelsmann-Konzernportfolio den vergleichsweise größten Umsatzanteil bei. Die RTL Group geht davon aus, dass der eigene Umsatz im Jahr 2021 bei 6,5 Milliarden Euro liegen werde. Im Februar war bekanntgeworden, dass die Mediengruppe RTL Deutschland und der Hamburger Zeitschriftenverlag eine stärkere Zusammenarbeit ausloten. Das Ziel war neben einer engeren Kooperation auf verschiedenen Feldern auch die Entwicklung einer gemeinsamen Wachstumsstrategie.

Bertelsmann setzt schon länger auf die inhaltliche Verzahnung von Unternehmensbereichen. Im Medienbereich ist das deutlich zu sehen: Zeitschriftenmarken, TV und der Audiobereich tauschen Inhalte aus und gehen für Projekte Kooperationen ein. So entstehen gemeinsame Dokus oder Podcasts. Dahinter steht die Strategie „Champions“ – also Größe in einem Marktumfeld. Bertelsmann-Chef Rabe betonte zuletzt immer wieder, dass er nationale „Champions“ in europäischen Märkten schaffen wolle, um so auch internationalen Streamingkonkurrenten wie Netflix und Amazon regional etwas entgegensetzen zu können.

Energiekosten um 18 Prozent gestiegen

Öl und Kraftstoff legen kräftig zu



Das Heizen mit Öl verteuerte sich innerhalb eines Jahres um 56 Prozent. FOTO: DPA/ARCHIV

VON CLAUDIA HOFFERT

Heidelberg. Die Haushalte in Deutschland müssen für Energie deutlich mehr ausgeben als vor Jahresfrist. Die Kosten für Heizung, Strom und Sprit sind nach Berechnungen des Vergleichsportals Verivox in den vergangenen zwölf Monaten um 18 Prozent gestiegen.

Bei einem Musterhaushalt mit einem Wärmebedarf von 20.000 Kilowattstunden, einem Stromverbrauch von 4000 Kilowattstunden und einer Fahrleistung von 13.300 Kilometern im Jahr mache das zusätzliche Kosten von 618 Euro aus. Im Juli 2020 habe diese Energiemenge 3422 Euro pro Jahr gekostet, in diesem Juli seien es 4040 Euro.

„Einen ähnlich starken Preisanstieg hat es zuletzt im Jahr 2005 gegeben, als der Wirbelsturm Katrina die Ölpreise erstmals auf über 70 Dollar pro Barrel trieb“, sagte Thorsten Storck, Energieexperte bei Verivox. Auch diesmal sind die Kosten für Heizöl und Kraftstoffe besonders kräftig geklettert. Das Heizen mit Öl verteuerte sich den Angaben zufolge auf Jahresfrist um gut 56 Prozent. An der Zapfsäule mussten Autofahrerinnen und Autofahrer im Juli im mengengewichteten Durchschnitt 24,3 Prozent mehr fürs Tanken ausgeben. Auch im August ging der Preisanstieg laut ADAC trotz gesunkener Rohölpreise weiter. Vergleichsweise gering ist der Preisanstieg beim Strom. Hier ermittelte Verivox einen Aufschlag von 4,8 Prozent.

„Cum Ex“: Beamtin weist Vorwurf zurück

Hamburg. Die für die in den „Cum Ex“-Skandal verwickelte Warburg Bank zuständige Finanzbeamtin hat eine Einflussnahme der Politik bei der Rückforderung von Kapitalertragsteuern zurückgewiesen. Bei ihrer Befragung im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft beantwortete sie alle Fragen zu einer möglichen Einflussnahme auf den Steuerfall von außen mit „Nein“. Die Bedeutung der Hamburger Privatbank für die Stadt habe bei der Beurteilung des Falles keine Rolle gespielt. Sie habe auch keine Kontakte zu anderen Behörden oder Personen gehabt, die mit der Bank zu tun hatten. Dass sich der damalige Hamburger Bürgermeister und heutige SPD-Kanzlerkandidat und Bundesfinanzminister Olaf Scholz 2016 und 2017 mehrfach mit den Miteigentümern der Bank getroffen hatte, sei ihr nicht bekannt gewesen. Der Ausschuss will den Vorwurf einer Einflussnahme führender SPD-Politiker auf die steuerliche Behandlung der Warburg Bank klären. DPA

Die deutsche Autobranche vor der Messe „IAA Mobility“

Fahrerlose Fahrzeuge, Carsharing und Co.: Hersteller müssen umdenken und sich auf neue Trends einstellen

VON J. PETERMANN UND R. LOSCH

München/Hannover. Es sieht so aus, als sei die Autoindustrie trotz einiger Schrammen bisher recht gut durchs Corona-Tief gekommen. Manche Hersteller machen sogar schon wieder stattliche Gewinne. Jenseits der aktuellen Nachfrage ändert sich das Verhältnis vieler Verbraucher zum Fahrzeug jedoch spürbar – ein Trend, der auch die großen Messen zum Umdenken zwingt. Wo steht die Branche kurz vor der „neuen“ IAA?

Schaut man auf die Verkäufe, könnte sich das vom ersten Lockdown geprägte zweite Quartal 2020 möglicherweise als einmaliger Einbruch erweisen. Bereits seit Mitte vorigen Jahres geht es mit dem Absatz vieler Autobauer wieder aufwärts. Das schlägt sich auch in höheren Gewinnen nieder: Volkswa-

gen, Daimler und BMW verdienten im ersten Halbjahr 2021 deutlich mehr als in der ersten Hälfte des Vor-Corona-Jahres 2019. Sorgen machen der Branche Produktionsunterbrechungen wegen fehlender Halbleiter, steigende Rohstoffpreise und eine mögliche weitere Corona-Welle.

Die größte Unbekannte ist derzeit die Lieferkrise bei Elektronik-Bauteilen. Von der Motorsteuerung über das Navi und Radio bis zum Fensterheber und erst recht in neuer Vernetzungstechnik – überall sind Computerchips. In der Flaute 2020 hatten viele Autobauer die Bestellungen vorschnell zusammengestrichen. Die Hersteller von Halbleitern orientierten sich um, etwa zur Unterhaltungselektronik – ihre Ex-Abnehmer sitzen nun teils auf dem Trockenen. Die Folgen des Mangels könnten sich länger hinziehen,

manche Prognosen gehen sogar von mehreren Jahren aus.

Autokäufer müssen deshalb schon jetzt oft länger auf den bestellten Wagen warten oder auf Zusatzausstattungen verzichten. Vorhandene Chips werden im Zweifel in Oberklassewagen mit hoher Gewinnspanne eingebaut und in E-Autos, um die CO₂-Vorgaben zu erfüllen. Weil die Nachfrage das Angebot übersteigt, werden Autos eher teurer.

Bis das fahrerlose Auto Alltag ist, wird es noch dauern, aber es wird die Branche umkrempeln. Die Autobauer wollen nicht nur das Blechkleid für Dienstleistungen von Google, Apple, Huawei und Co. liefern. Wenn Kunden überall online sind, wird das Fahrzeug zum rollenden Unterhaltungs- und Kommunikationsgerät. Milliarden fließen in die Entwicklung von Schnittstellen, über die

Nutzungsdaten, persönliche Dienste und Software-Updates ausgetauscht werden.

Ein zweiter Megatrend: Wer mobil sein will, muss nicht unbedingt ein Auto besitzen. Man kann es auch dann leihen, wenn man es braucht. Die Konzerne erproben daher viele Modelle – vom minutengenau abgerechneten Carsharing in Großstädten über Auto-Vermietung, Fahr- und Taxidienste bis zu Kurzzeit-Abos und flexibles Leasing.

Antriebe mit hohem CO₂-Ausstoß haben mittelfristig kaum noch Chancen. Ein Baustein für klimafreundlichen Verkehr ist eine engere Vernetzung mit anderen Verkehrsträgern wie Bus und Bahn, Fahrrad und E-Scooter. Diese Einsicht war ein entscheidender Grund, warum die IAA nun nicht mehr als reine Autoausstellung auftritt, sondern als Mobilitätsmesse.

ANZEIGE

Das Open-Air-Highlight 2021 an der Waterfront

Seebühne Bremen

Noch bis zum 22. August 2021 erleben

- > Corona-konform geplant
- > Veranstaltungen aller Genres
- > u.a. mit jazzhead! feat., Reinhold Beckmann, Melodie des Lebens, Wirtz u.v.m.

3 €

AboCard-Rabatt

Tickets erhalten Sie hier:

- Pressehaus Bremen und regionale Zeitungshäuser
- nordwest-ticket.de
- 04 21 / 36 36 36

WESER KURIER

TICKET